Nr. 5 – Dezember 2007 | 2 Euro

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

Neue Runde in der Wehrpflicht-Diskussion

Die pazifistische Grundsatzerklärung: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

INHALT

TITEL

8 Der SPD-Vorschlag zur „freiwilligen Wehrpflicht“ eröffnet eine neue Rund in der Wehrpflicht-Diskussion – wie problematisch diese ist, beschreibt Stefan Philipp

INTERVIEW

4 Interview mit dem jahrzehntelang als „Feigling, Vaterlandsverräter und Dreckschwein“ beschimpften 85-jährigen Wehrmachts-Deserteur Ludwig Baumann

DAS ZERBROCHENE GEWEHR

11 Schwerpunkt Türkei und Liste der Gefangenen für den Frieden

TRANSNATIONAL

19 Stephan Brües berichtet über die Versammlung der Nonviolent Peaceforce in Nairobi

19 Interview mit der Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan-Maguire

NACHRUF

21 Demokratie lernen, Toleranz praktizieren – Günter Knebel erinnert an den im Oktober verstorbenen Henning Schierholz

ABRÜSTUNG

22 „Bombig’s Blechle“ – Erfolgreicher Start der Mercedes-Kampagne

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

24 Die katholische Kirche hat den Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter selig gesprochen

FRIEDENSARBEIT

26 Die DFG-VK hat fast 50.000 Unterschriften gegen die deutsche Kriegsbeteiligung in Afghanistan an den Bundestag übergeben

28 Die DFG-VK-Gruppe Karlsruhe feierte 50. Geburtstag

ZIVILDIENST

30 Ersatz für nichts – Peter Tobiassen beschreibt, warum der dreimillionste Kriegsdienstverweigerer kein Grund zum Feiern ist

FRIEDENSARBEIT

31 Friedenspreise können Öffentlichkeit schaffen – Robert Hülsbusch stellt den Aachener Friedenspreis vor

RUBRIKEN

6 Kolumne von Tobias Pflüger

33 Briefe

34 DFG-VK-Intern: Bericht über den Bundeskongress in Schweinfurt

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27298231, Telefax 27298232, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel, c/o DFG-VK, Hermannstr. 36, 18055 Rostock, Telefon 0177-8871014, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage
www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer
c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee
BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155112, Telefax 0711-2155214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89623446, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, Karl-Kunger-Straße 18, 12435 Berlin, Telefon 030-61074411, Telefax 030-61074410, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-5964961, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, Telefax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Hermannstraße 36, 18055 Rostock, Telefon 0177-8871014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 034299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift
ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 01212-5719460 95, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion
Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck
GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-600345, Telefax 0711-6403394

Vertrieb
Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834, Telefax 0711-3202833

Internet-Betreuung (www.zc-online.de)
Olaf Swillus (eMail os.zc@dfg-vk.de)

Anzeigenverwaltung
SPS-Graphics, Postfach 150354, 70076 Stuttgart, Telefon 0177-6361276, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen
der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck
von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen
Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto
DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen
„Südwest-Kontakte“ (in einer Teilauflage), Faltblatt „Verhandeln statt schießen“ (Gesamtauflage)

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe war der 22. November. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar Redaktionsschluss ist der 15. Januar 2008.

ISSN
1614-1954

Die ZivilCourage wird auf 100-%-Altpapier gedruckt.

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

DFG-VK-BASISARBEIT

Deserteure aufnehmen

Unter dem Motto „Die Kriegstoten mahnen: Militär und Rüstung abschaffen“ veranstaltete die Bremer DFG-VK-Gruppe zum Volkstrauertag eine Mahnwache auf dem Bremer Marktplatz. Während aus diesem Anlass offiziell insbesondere der gefallenen Soldaten gedacht wurde, erinnerten die FriedensaktivistInnen auch an die in Nazi-Deutschland ermordeten Deserteure und Widerstandskämpferinnen. „Deserteure streuen Sand in das Getriebe der Kriege. Deshalb muss Deserteuren in heutigen Kriegen geholfen werden“, heißt es in einer Mitteilung der Friedensinitiative, die bei ihrer Aktion von Bremens Bürgerschaftspräsident Christian Weber (SPD) besucht wurde. Die DFG-VK forderte den Bremer Senat auf, dem Beispiel anderer Städte wie Münster und Osnabrück zu folgen und den Beschluss zu fassen, Deserteure aus heutigen Kriegsgebieten aufzunehmen und für deren Lebensunterhalt aufzukommen.

Foto: DFG-VK Bremen

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Zentralstelle KDV: neuer Vorstand

Mitte November wurde in Berlin der Vorstand der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen neu gewählt. Die Mitgliederversammlung des von 26 Organisationen getragenen Zusammenschlusses beauftragte den Vorstand, vor allem das Beratungsangebot für Kriegsdienstverweigerer zu erhalten, die Lobbyarbeit zu verstärken und sich sowohl gegen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, wie auch für die Abschaffung der Wehrpflicht einzusetzen.

Foto: Peter Tobiassen

Der neue Vorstand der Zentralstelle KDV (von links): Eberhard Kunz, Barbara Kramer, Herbert Schulz, Ernst Potthoff, Michael Germer, Stefan Philipp, Werner Glenewinkel (Vorsitzender) und Ralf Siemens (Es fehlt der Schatzmeister Hans-Jürgen Wiesenbach.)

ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN

Mayors for Peace

Auf Einladung des DFG-VK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen trafen sich am 17. November AtomwaffengegnerInnen aus mehreren Städten NRWs in Köln. Vor dem speziellen Hintergrund, dass im Umkreis von 100 Kilometern sowohl in Büchel in Rheinland-Pfalz als auch in Belgien und in den Niederlanden US-Atomwaffen lagern, diskutierten die TeilnehmerInnen über Wege zu deren Abschaffung.

Die stellvertretende Bürgermeisterin Kölns, Scho-Antwerpes, begrüßte die TeilnehmerInnen. Köln ist Mitglied im internationalen Netzwerk „Mayors for Peace“.

Xanthe Hall von der internationalen Ärztevereinigung zur Verhinderung eines Atomkriegs (IPPNW) stellte die aktuellen bedrohlichen Entwicklungen auf dem Gebiet der atomaren Waffen dar.

In einer Podiumsdiskussion wurden die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von BürgermeisterInnen für den Frieden und von Friedensgruppen beleuchtet. 64 BürgermeisterInnen in NRW sind Mitglied der „Mayors for Peace“, die Initiative zum Beitritt kam in vielen Fällen von Friedensgruppen vor Ort. In der Diskussion entstand die Idee, nicht nur möglichst viele BürgerInnen aus NRW sondern auch viele BürgermeisterInnen für den Frieden zur Teilnahme an der geplanten Umrundung des Atomwaffenlagers in Büchel im August 2008 zu gewinnen. Dazu sollen auch AtomwaffengegnerInnen aus Belgien und den Niederlanden angesprochen werden. Angedacht ist ein grenzüberschreitender Austausch im Dreiländereck.

In einer abschließenden Erklärung unterstützten die TeilnehmerInnen das Ziel, möglichst alle BürgermeisterInnen in NRW für die „Mayors for Peace“ zu gewinnen. Mehr infos unter *www.dfg-vk-nrw.de*

EDITORIAL

Foto: Regine Lieberum

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Bundeskongress liegt hinter uns und das Jahr 2008 mit sechs ***Zivil-Courage***-Ausgaben vor uns. Rückkehr zur Normalität, dank der großen Mehrheit der Delegierten. Mehr zum Kongress auf den Seiten 34 und 35.

Wie jedes Jahr veröffentlichen wir auch dieses Mal wieder „das zerbrochene Gewehr“ unseres Dachverbandes War Resisters’ International mit der Liste der Gefangenen für den Frieden. Die freuen sich über jede Postkarte!

Das große Thema dieses Heftes ist die Kriegsdienstverweigerung mit unterschiedlichen Aspekten – im Interview mit dem Wehrmachts-Deserteur Ludwig Baumann, in der Titelgeschichte über die freiwillige SPD-Wehrpflicht, im Bericht über die Seligsprechung des Österreichers Franz Jägerstätter, der als Kriegsdienstverweigerer 1943 hingerichtet wurde, und im Beitrag „Ersatz für nichts“ über die Freude der Regierung über den dreimillionsten Kriegsdienstverweigerer und warum das kein Grund zum Freuen ist.

Abschließend noch ein Wort zu den LeserInnenbriefen: Immer wieder erreichen die Redaktion teulweise auch lange Zuschriften, die aber keinen Bezug zu verlöffentlichten Beiträgen in der ***ZivilCourage*** haben. Solche veröffentlichen wir nicht. Das hat nichts mit Zensur zu tun, sondern mit dem Charakter der Briefe-Seite. Diese soll die Möglichkeit bieten, durchaus kritisch auf Artikel zu reagieren und die eigene Meinung deutlich zu machen (so wie es die beiden auf der Seite 33 veröffentlichten Briefe tun). Wer gerne zu einem bestimmten Thema einen Artikel schreiben möchte, der greife doch bitte zum Telefonhörer, wähle die Nummer 040-18058287 und spreche das mit uns ab. Danke. (Das Editorial mit dieser Erklärung ist natürlich „leserInnenbrieffähig“, wer sich also beklagen will...)

Stefan Philipp

„Ich wurde jahrzehntelang als Feigling, Vaterlandsverräter und Dreckschwein beschimpft“

Interview mit Ludwig Baumann, Wehrmachts-Deserteur und Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz

ZivilCourage: War dir die Kriegsgegnerschaft bei Deiner Geburt 1921 schon in die Wiege gelegt?

Ludwig Baumann: Überhaupt nicht. Mein Eltern stammten aus sehr armen Verhältnissen, mein Vater hatte es aber mit großem Fleiß und Ehrgeiz in Hamburg als Tabakgroßhändler zu Besitz gebracht. Ich bin sehr bürgerlich erzogen worden und mit der Erwartung, es als einziger Sohn dem Vater nachzumachen und tüchtig und erfolgreich zu werden. Krieg und Militär waren kein Thema in meinem Elternhaus.

Foto: Stefan Philipp

Den Deserteuren aller Kriege gewidmet. Das Deserteur-Denkmal in Stuttgart, aufgestellt im August im Beisein von Ludwig Baumann.

War dein Vater im Ersten Weltkrieg Soldat gewesen?

Ja, allerdings nicht im direkten Kriegseinsatz. Er war in Kiel und hatte dort 1918 auch den Matrosen-Aufstand miterlebt, den er allerdings belächelte. Er war kein zackiger Soldat, aber deutsch-national und hat vom Kaiser geschwärmt. Und obwohl er kein Nazi war, hat er bei der letzten freien Reichstagswahl die NSDAP gewählt, später allerdings sehr bereut, für Hitler gestimmt zu haben.

Hattest Du eine glückliche Kindheit?

Nein. Es gab die hohen Leistungsanforderungen meiner Eltern, da ich aber Legastheniker bin, war meine Schulzeit eine einzige Qual mit stundenlangem, trotzdem erfolglosem Büffeln. Ich kam dann mit 14 Jahren in eine Maurerlehre. Mit 15 starb meine Mutter bei einem Verkehrsunfall, was für mich ein sehr schlimmes Erlebnis war und mich ziemlich aus der Bahn warf. Ich war dann nicht mehr artig, sondern begann zu opponieren – gegen meinen Vater, ich bin auch nicht in die Hitler-Jugend gegangen.

Wann hast du deine ersten militärischen Erfahrungen gemacht?

Beim Reichsarbeitsdienst. Dort habe ich gelernt, welch schikanöse Behandlung es in einem militärischen Apparat gibt. Wie oft musste ich Strafwachen machen, zur Strafe auf dem Bauch robben, weil ich mich z.B. geweigert habe, die Stiefel von Vorgesetzten zu putzen.

Kurz nach Kriegsbeginn wurdest du 1940 Soldat in der Wehrmacht.

Ich wurde zur Marine einberufen, war zur Grundausbildung in Belgien auf einem riesigen Truppenübungsplatz und kam danach an die französische Kanalküste. In Bordeaux wurde dann eine neue Hafenkompanie gegründet. Dafür mussten andere Einheiten dann jeweils ein, zwei Mann abgeben, da haben sie ihre schwierigsten Soldaten hingeschickt. Unser Kompaniechef in Bordeaux war ein Leutnant, der auf Beförderung hoffte. Wir waren aber ein wüster Haufen, und es hagelte Disziplinarstrafen.

Was war deine Aufgabe dort?

Eigentlich hatten wir nichts zu tun. Die Alliierten hatten die Häfen von See aus blockiert, so dass es auch fast nichts zu bewachen gab. Ich habe mich mit französischen Hafenarbeitern angefreundet, mit denen ich oft beim Wein zusammensaß. Erst später erfuhr ich, dass viele von denen zum sich formierenden Widerstand gehörten.

Diese Freunde haben dir dann auch bei deiner Flucht im Juni 1942 geholfen. Wie kam es überhaupt zu diesem Entschluss?

Ich wollte kein Soldat sein. Damals wie heute hat Soldat-sein mit Entwürdigung und Unfreiheit zu tun. Meine Abneigung dagegen hatte mit dem Arbeitsdienst begonnen und war nun nicht kleiner geworden. Dazu kam der Gedanke, was für einen Krieg wir da eigentlich führen. Die Wehrmacht überfiel die Länder Europas, eins nach dem anderen, schließlich der Krieg gegen die Sowjetunion, was für mich ein Schlüsselerlebnis für die Desertion war. In den Wochenschauen sahen wir, wie der Krieg geführt wurde, und dann kam der kalte Winter 1941. Da konnte man sich ausrechnen, dass Unzählige im Osten auf freiem Feld verhungern und erfrieren würden. In der Heimat wurden ja Kleidersammlungen veranstaltet, aber natürlich für die deut-

schen Soldaten, und nicht für die russischen Kriegsgefangenen. In meiner Einheit konnte man schon mit dem einen oder anderen über solche Gedanken reden. Das wollten wir, zwei weitere Kameraden, mit denen ich viel sprach, und ich, nicht länger mitmachen. Wir wollten nicht andere töten, und wir wollten auch selbst nicht getötet werden, sondern ganz einfach leben.

Hattest du zuvor schon etwas übers Desertieren gehört, sind aus deiner Einheit welche geflohen?

Ich kann mich nicht erinnern, dass mal jemand abgehauen ist. Aber natürlich wurden wir von unserem Kompaniechef belehrt, z.B. mit dem Spruch Hitlers „Als Soldat kann man sterben, als Deserteur muss man sterben."

Du bist dann mit einem Freund geflüchtet. Wohin wolltet ihr?

Unsere französischen Freunde hatten und Adressen in Toulouse, das im unbesetzten Teil Frankreichs lag, und in Marokko gegeben.

Wie gestaltete sich eure Flucht konkret?

Wir sind nachts in die Waffenkammer auf unserem Schiff eingebrochen und haben uns mit Pistolen und Munition bewaffnet. Im Hafen warteten unsere französischen Freunde mit einem Kleinlaster und Zivilkleidung. Sie brachten uns in die Nähe der innerfranzösischen Grenze, über die wir dann gehen wollten.

Ihr kamt aber nicht weit.

Wir liefen einer deutschen Zollstreife in die Arme, die zufällig dort vorbeikam. Die hielten uns zwar für Franzosen, wir kamen ihnen aber verdächtig vor, und deshalb nahmen sie uns mit.

Ihr hättet euch wehren können.

Ja, wir hätten sie erschießen können, die entsicherten Pistolen hatten wir in der Tasche. Aber wir konnten es nicht und haben es nicht.

War euch denn nicht klar, dass ihr als Deserteure mit dem Schlimmsten rechnen musstet?

So genau nicht. Es gab diese Redensart, dass es noch keine richtige Fahnenflucht ist, wenn man weniger als 24 Stunden weg ist. Auf der Zollwache, wo wir zunächst inhaftiert waren, kamen wir auf die glorreiche Idee zu sagen, wir wollten zur französischen Fremdenlegion; das waren ja schließlich auch Soldaten, und das Vichy-Regime war ja mit Nazi-Deutschland befreundet ... dass die Legion de Gaulle unterstand, wussten wir gar nicht.

Warum wusstest du nichts von der Begnadigung?

Ich weiß es nicht. Ich wurde jedenfalls erst am 29. April 1943 im Wehrmachtsgefängnis einem Hauptmann vorgeführt, der mir diese Gnadenentscheidung eröffnete und sich die Bekanntgabe von mir schriftlich quittieren ließ. Das war wohl eine zusätzliche Folter – die auch gewirkt hat: Mich haben diese Monate in der Todeszelle so traumatisiert, dass ich erst viel später aufgrund der Akten gesehen habe, dass der Zeitraum 10 Monate war. In meiner Erinnerung waren das lediglich wenige Monate gewesen, drei oder vier, wie ich dachte.

Ludwig Baumann ist einer der wenigen noch lebenden Wehrmachtsdeserteure. Wegen Fahnenflucht 1942 zum Tode verurteilt, überlebte er den Krieg – nachdem er zu einer langjährigen Zuchthausstrafe begnadigt worden war – nach Stationen in KZ, Wehrmachtsgefängnis und Strafbataillon schwer traumatisiert. Als Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz kämpfte er viele Jahre um Rehabilitierung und die, wie er sagt, „späte Würde" der Kriegsgegner, gegen die die Wehrmachtsjustiz 30.000 Todesurteile verhängt hatte, von denen über 20.000 vollstreckt wurden. Lange als „Vaterlandsverräter" und „Dreckschwein" beschimpft, wurde sein Urteil zusammen mit den anderen vom Bundestag im Jahr 2002 endlich aufgehoben. Im Gespräch mit ***ZivilCourage***-Chefredakteur Stefan Philipp Ende Oktober in Bremen schilderte Ludwig Baumann, der am 13. Dezember seinen 86. Geburtstag feiern kann, seine Erfahrungen.

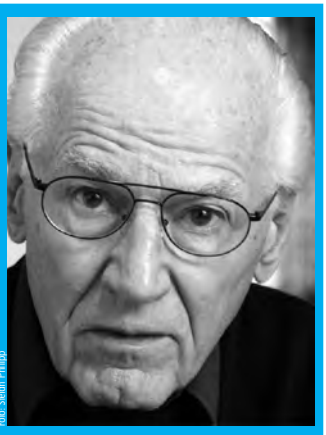


Foto: Stefan Philipp

Wie bist du als Deserteur in der Militärhaft behandelt worden?

Wir wurden in den Vernehmungen geschlagen und gequält. Sie wollten heraus bekommen, mit wem wir über unsere Fluchtabsicht gesprochen hatten und wer uns geholfen hatte. Das haben wir aber nicht verraten.

Du bist dann Ende Juni 1942 zum Tod verurteilt worden.

Ja, nach nicht einmal einer Stunde Verhandlung stand das Urteil des Kriegsgerichts fest: Todesstrafe wegen „Fahnenflucht im Felde" und – absurd – zusätzlich 14 Monaten Gefängnis und Verlust der „Wehrwürdigkeit".

Du bist dann Ende August zu einer 12-jährigen Zuchthausstrafe begnadigt worden, die nach dem Krieg abzusitzen gewesen wäre.

Ja, aber von dieser Begnadigung habe ich erst Ende April 1943 erfahren. So lange saß ich in der Todeszelle und dachte jeden Morgen, wenn die Wachen kamen, dass sie mich zur Exekution abholen.

Deine Leidenszeit war damit aber noch nicht zu Ende?

Nein, es folgten noch zwei schlimme Jahre bis zum Kriegsende. Wir wurden von Bordeaux ins zentrale Wehrmachtsgefängnis nach Torgau verlegt, waren unterwegs aber noch einige Wochen im KZ Esterwegen. In Torgau bin ich dann gleich an Diphterie erkrankt, kam in Quarantäne, hatte viele Monate Lähmungen und konnte nicht richtig laufen. Die Verhältnisse in Torgau waren schlimm. Als Neuzugang kam ich zu 160 anderen Gefangenen in die Kasematten, dort war alles nass und matschig, viele starben. Außerdem war das Reichskriegsgericht ab 1943 in Torgau und hat dort über 1.000 Todesurteile verhängt. Oft mussten wir bei den Erschießungen im Wallgraben oder in der Kiesgrube dabei sein.

Foto: Stefan Philipp

Tobias Pflüger

Mitglied des Europäischen Parlaments und der DFG-VK

Brüder im Geiste und auf dem Feld: EU und NATO

Am 21. und 22. November diskutierte der Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments gemeinsam mit Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung der NATO die NATO-EU-Beziehungen auch anhand der konkreten Beispiele Kosovo und Afghanistan.

Die Ergebnisse waren klar: EU und NATO hätten vor Ort gleiche (!) Interessen, und im ganz praktischen polizeilich-militärischen Bereich funktioniere die Zusammenarbeit hervorragend.

Die EU hat einen offiziell „zivilen" Einsatz in Afghanistan: EUPOL. Im Rahmen dieses Einsatzes werden EU-Polizisten in ganz (!) Afghanistan eingesetzt, und es werden afghanische Polizisten ausgebildet. Viele afghanische Polizisten sind bisher als Vorhut afghanischer Truppen im Süden „Kanonenfutter", wie ein deutscher ISAF-Offizier bedauert.

„Zivil" – also Polizei – deshalb, damit es aus dem EU-Haushalt finanziert werden kann. Der derzeitige EU-Vertrag verbietet eine Finanzierung von Militärmissionen durch die EU. Ein wesentlicher Grund, warum die Regierenden den EU-Reformvertrag wollen und wir nicht.

Die portugiesische Ratspräsidentschaft bestätigte mir, dass es 5 ausgearbeitete „technische Vereinbarungen" zwischen EUPOL und ISAF gibt. ISAF übernimmt z.B. die Logistik und den Transport von EUPOL. Auch die Zusammenarbeit mit den USA – und damit der Terror-Krieg Mission „Operation Enduring Freedom" (OEF) – seien sehr gut.

Die militärischen Lagebesprechungen zeigen deutlich, wie eng EU und NATO inzwischen zusammengerückt sind: Für die EU sitzen alle 27 Mitgliedstaaten am Tisch einschließlich der so genannten „Neutralen", die alle Mitglieder des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden" (PfP) sind (Österreich, Finnland, Irland und Schweden). Außer bei den Benelux-Ländern sind die EU- und die NATO-Militärvertreter die selben. Sie treffen sich quasi mit sich selbst.

Die EU- und NATO-Vertreter verstehen sich als Vertreter der „internationalen Staatengemeinschaft". Real sind sie Vertreter westlicher Interessen. EU und NATO sind inzwischen Brüder im Geiste und auf dem Feld.

Nach einem Jahr kamst du dann in ein Strafbataillon.

Ja, im Osten, wo wir einfach als „Kanonenfutter" eingesetzt wurden, was die wenigsten überlebt haben. Ich wurde verletzt und kam bis kurz vor Kriegsende ins Lazerett nach Brünn, was mir wohl das Leben gerettet hat. Dort wurde ich von einem dienstverpflichteten tschechischen Arzt betreut, der mich stillschweigend so behandelt hat, dass meine Verletzung viel langsamer als normal ausheilte.

Der Krieg war dann zu Ende...

... und wir hatten gehofft, dass unsere Handlungen nun anerkannt werden. Wir wurden jahrzehntelang weiter nur als Feiglinge, als Dreckschweine, als Vaterlandsverräter beschimpft und bedroht.

Mit „wir" meinst du ihr als Deserteure.

Ja, die wenigen überlebenden Deserteure und Kriegsdienstverweigerer. Aber das ist eben aus der Rückschau betrachtet, wir haben uns ja erst später getroffen. Zunächst musste jeder alleine für sich damit fertig werden.

Wie ging es dir?

Ich war traumatisiert und bin dem Alkohol verfallen. Mein Vater hat das in Hamburg, wohin ich zurückgekehrt war, auch mich erleiden müssen, und ist vor Kummer gestorben. Ich habe dann seinen ganzen Besitz, er hatte den Tabakgroßhandel und mehrere Grundstücke und Häuser, mit anderen zusammen versoffen. Ich bin dann nach Bremen gekommen, habe meine Frau kennengelernt, aber dann doch weiter getrunken. Meine Frau ist dann 1966 bei der Geburt unseres sechsten Kindes gestorben – und erst von dann an habe ich die Verantwortung für mich und meine Kinder übernehmen können, die ich dann alleine großgezogen habe.

Durch die Friedensbewegung der 1980er Jahre wurde die Desertion zu einem öffentlichen Thema. Gar nicht weit weg von dem Ort in Bremen, wo du wohnst, wurde 1986 eines der ersten, wenn nicht überhaupt das erste Deserteur-Denkmal aufgestellt – und steht noch heute im Gustav-Heinemann-Bürgerzentrum.

Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

Aumunder Flur 3, 28757 Bremen
Telefon und Fax 0421/66 57 24
Die Bundesvereinigung benötigt für ihre wichtige Arbeit dringend Unterstützung. Spendenkonto 15 14 59 15 bei der Sparkasse Bremen, BLZ 290 50 101

Bei der Einweihung war ich dabei, und das hat mein Leben auch verändert. Die Initiative ging damals von der Gruppe Reservisten verweigern sich aus; die hatten ihre Wehrpässe zurückgegeben und dieses kleine Deserteur-Denkmal hergestellt. Ich bin als Zeitzeuge dazu gekommen. Dieses Denkmal hat dann für sehr viel Furore gesorgt.

Der damalige Bremer Bürgermeister Klaus Wedemeier wurde im „Weser-Kurier" so zitiert, dass er sich jedes Mal, wenn er zum Verteidigungsminister Manfred Wörner auf die Bonner Hardthöhe kam, anhören musste, das Denkmal müsse weg, sonst erhalte Bremen keine Rüstungsaufträge mehr. Da ist mir erst klar geworden, dass Desertion damals auch etwas mit heute zu tun hat.

Hier in der Nähe ist eine Bundeswehrkaserne; Soldaten war es jahrelang verboten, das Gustav-Heinemann-Bürgerzentrum in Uniform zu betreten.

Du hast dich dann mit anderen Wehrmachts-Deserteuren getroffen, und ihr habt die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz gegründet, deren Vorsitzender du immer noch bist.

Ja, im Oktober 1990 haben wir uns das erste Mal hier in Bremen getroffen, 37 alte Menschen, fast alle gebrechlich und teilweise gebrochen. Aber das ist auch kein Wunder, wenn du dein Leben lang kriminalisiert bist und bleibst, beschimpft wirst, keine Würde hast. Wir haben damals unseren gemeinsamen

Kampf um Rehabilitierung, um Aufhebung der Urteile, um unsere späte Würde begonnen.

Erfolgreich, am 17. Mai 2002 hat der Bundestag Eure Verurteilungen aufgehoben.

Ja, aber das war ein langer und mühsamer Kampf mit vielen Rückschlägen und weiteren Verleumdungen. Und Bündnispartnern wie der SPD und den Grünen, die unser Anliegen in ihrer Oppositionszeit unterstützt haben und dann, kaum an der Regierung, beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien mitgemacht haben.

Wie viele Mitglieder seid ihr heute in eurer Bundesvereinigung?

Ungefähr 50, aber die meisten Deserteure sind mittlerweile verstorben, es ist nur eine Handvoll übrig geblieben.

Du wirst nun bald 86 Jahre alt, bist aber immer noch sehr aktiv und zu vielen Veranstaltungen, Diskussionen, Treffen mit Schulklassen etc. in ganz Deutschland unterwegs...

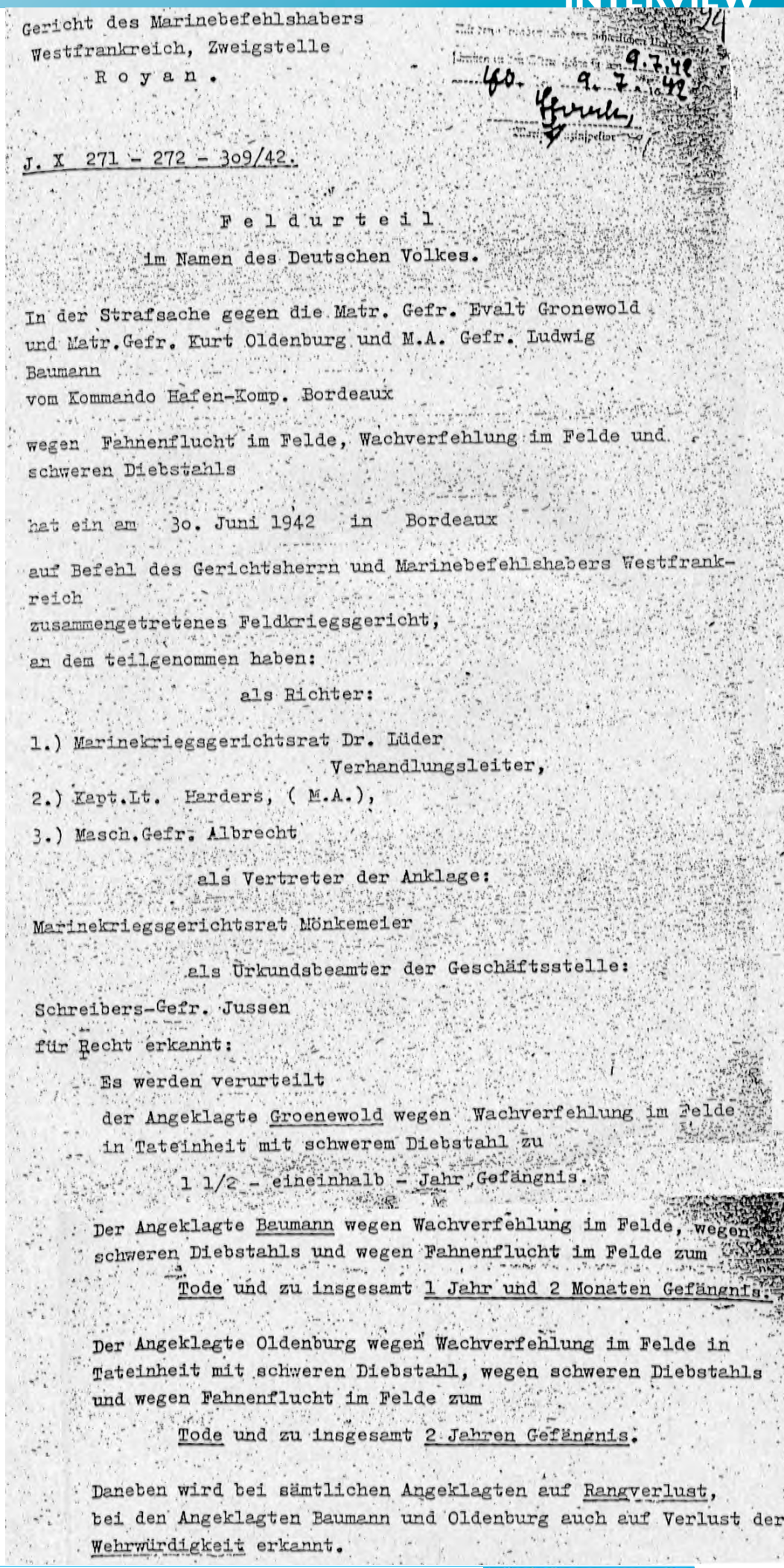
... und so lange ich noch kann, werde ich das auch weitermachen.

In Stuttgart hast du vor kurzem das dortige Deserteur-Denkmal mit eingeweiht. Freut dich das, dass es an immer mehr Orten solche Denkmale gibt?

An sich bin ich nicht für Denkmale, aber so lange es überall Kriegerdenkmale gibt, auf denen die Soldaten Helden sind, so lange finde ich Deserteur-Denkmale gut. ZC

Todesurteil gegen Ludwig Baumann vom 30. Juni 1942

Obwohl Baumann Ende August 1942 zu einer 12-jährigen Zuchthausstrafe begnadigt wurde, die nach dem Krieg verbüßt werden sollte, wurde ihm diese Begnadigung erst Ende April 1943 bekannt gegeben – nach 10 Monaten in der Todeszelle und der täglichen Angst, zur Exekution abgeholt zu werden.



Gericht des Marinebefehlshabers
Westfrankreich, Zweigstelle
Royan.

J. X 271 – 272 – 309/42.

Feldurteil
im Namen des Deutschen Volkes.

In der Strafsache gegen die Matr. Gefr. Evalt Gronewold und Matr.Gefr. Kurt Oldenburg und M.A. Gefr. Ludwig Baumann
vom Kommando Hafen-Komp. Bordeaux

wegen Fahnenflucht im Felde, Wachverfehlung im Felde und schweren Diebstahls

hat ein am 30. Juni 1942 in Bordeaux

auf Befehl des Gerichtsherrn und Marinebefehlshabers Westfrankreich
zusammengetretenes Feldkriegsgericht,
an dem teilgenommen haben:

als Richter:

1.) Marinekriegsgerichtsrat Dr. Lüder
Verhandlungsleiter,
2.) Kapt.Lt. Harders, (M.A.),
3.) Masch.Gefr. Albrecht

als Vertreter der Anklage:

Marinekriegsgerichtsrat Mönkemeier

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle:

Schreibers-Gefr. Jussen

für Recht erkannt:

Es werden verurteilt

der Angeklagte Groenewold wegen Wachverfehlung im Felde in Tateinheit mit schwerem Diebstahl zu

1 1/2 – eineinhalb – Jahr Gefängnis.

Der Angeklagte Baumann wegen Wachverfehlung im Felde, wegen schweren Diebstahls und wegen Fahnenflucht im Felde zum

Tode und zu insgesamt 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis.

Der Angeklagte Oldenburg wegen Wachverfehlung im Felde in Tateinheit mit schweren Diebstahl, wegen schweren Diebstahls und wegen Fahnenflucht im Felde zum

Tode und zu insgesamt 2 Jahren Gefängnis.

Daneben wird bei sämtlichen Angeklagten auf Rangverlust, bei den Angeklagten Baumann und Oldenburg auch auf Verlust der Wehrwürdigkeit erkannt.

Foto und Montage Stefan Philipp

Der SPD-Vorschlag zur „freiwilligen Wehrpflicht“ eröffnet eine

Neue Runde in der Wehrpflicht-Diskussion

Von Stefan Philipp

Als Beobachter des SPD-Parteitags Ende Oktober in Hamburg konnte man sich schon wundern. Jahrelang hatte diese Partei heftig über ihre Position zur Wehrpflicht gestritten. Zwei gleich große Pro- und Contra-Teile waren sich gegenüber gestanden, ein Kompromiss eigentlich nicht denkbar. Denn so wenig, wie es „ein bisschen schwanger“ gibt, verhält es sich auch mit dieser staatlichen Pflicht – entweder ist man dafür oder dagegen. Diesen Widerspruch löste die SPD mit einem langen Beschluss, der mit überwältigender Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen gefasst wurde und dessen Kernsätze lauten:

„Wir setzen deshalb auf eine Fortentwicklung der Wehrpflicht, unter Beibehaltung der Musterung und Wehrgerechtigkeit, die die Möglichkeit einer flexiblen Bedarfsdeckung des erforderlichen Bundeswehrpersonals mit einer Stärkung des freiwilligen Engagements in der Bundeswehr verbindet. Wir streben an, zum Dienst in den Streitkräften künftig nur noch diejenigen einzuberufen, die sich zuvor bereit erklärt haben, den Dienst in der Bundeswehr leisten zu wollen.“ Elegant und geschickt: Die Wehrpflichtbefürworter können behaupten „SPD hält an der Wehrpflicht fest“, und die Kritiker werden sagen „SPD setzt Wehrpflicht faktisch aus“. Die freiwillige Wehrpflicht als Kompromiss also.

Wie sagte doch der frühere Vorsitzende der anderen großen Partei gerne: „Entscheidend ist, was hinten rauskommt.“ Sollte sich die SPD mit ihrer Vorstellung durchsetzen, dann wird tatsächlich die faktische Aussetzung der Wehrpflicht „rauskommen“. Niemand würde nämlich dann zur Dienstleistung gezwungen, wenn es gelingt, genügend Freiwillige zu finden. Das dürfte angesichts einer dauerhaft hohen Jugendarbeitslosigkeitsquote, Jahrgängen von ca. 400.000 18-jährigen Männern und eines jährlichen Bedarfs von 40.000 Personen,

die den neunmonatigen Grundwehrdienst leisten sollen, kein Problem sein, zumal der Dienst auch Frauen offen steht.

Auch wenn für die SPD das Thema Wehrpflicht damit vom Tisch sein dürfte, stellen sich doch eine ganze Reihe von Fragen, teils grundsätzlicher, teils praktischer Art.

Die erste ist die nach der Begrifflichkeit. Wehrpflicht, was heißt das eigentlich? Das Wehrpflichtgesetz beantwortet diese Frage im § 3: „Die Wehrpflicht wird durch den Wehrdienst oder im Falle des § 1 des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes durch den Zivildienst erfüllt." Legitimiert wird das durch Artikel 12a des Grundgesetzes, der im Absatz 1 bestimmt, dass „Männer ... vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften ... verpflichtet werden" können.

Inhalt und Kern dieser „Wehrpflicht" ist also die Verpflichtung, Kriegsdienst zu leisten. Das Wort „Pflicht" enthält dabei einen moralischen Unterton und wirkt verschleiernd. Wer dieser Pflicht nämlich nicht nachkommt, dem drohen nach dem Wehrstrafgesetz bis zu fünf Jahre Gefängnis.

Aus pazifistischer Sicht wäre es deshalb richtiger, anstatt von Wehrpflicht vom Kriegsdienstzwang zu sprechen. Von einem pazifistischen Standpunkt aus betrachtet wäre Wehrpflicht etwas ganz anderes. Die Pflicht nämlich, sich gegen Unrecht zu wehren. Krieg ist ein solches Unrecht – sogar ein Verbrechen, wie es die Grundsatzerklärung der DFG-VK ausdrückt. Die Vorbereitung dieses Verbrechens ist ebenfalls Unrecht, weshalb Kriegsdienstverweigerung eine Form ist, dieses Unrecht und Verbrechen nicht zu unterstützen. Die staatliche Wehrpflicht ist also ein Kriegsdienstzwang, gegen den es die pazifistisch verstandene Wehrpflicht in Form der Kriegsdienstverweigerung zu setzen gilt.

Daraus ergibt sich übrigens auch, dass der Zivildienst nur eine andere Form des Kriegsdienstzwangs ist – siehe oben, § 3 WPflG –, gegen den es auch die pazifistische Wehr-Pflicht gibt. Der Zivildienst ist schließlich kein eigenständiger Dienst, sondern hat gesetzessystematisch ausschließlich die Funktion eines Ersatzes.

Dieser Ersatz dürfte sich erledigt haben, wenn die freiwillige SPD-Wehrpflicht Realität werden sollte. Den Zwang zur Zivildienstleistung – für deren Verweigerung auch bis zu fünf Jahre Gefängnis drohen – gibt es ausschließlich für staatlich anerkannte Kriegsdienstverweigerer. Welchen Grund sollten künftig junge Männer noch dafür haben, einen KDV-Antrag stellen, wenn für sie ein obligatorischer Dienst bei der Bundeswehr gar nicht mehr vorgesehen ist. Keinen.

Das scheint nicht allen klar zu sein. So antwortete Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und maßgeblicher Initiator der freiwilligen SPD-Wehrpflicht, Mitte Oktober auf eine Anfrage des baden-württembergischen DFG-VK-Landessprechers Klaus Pfisterer: „Nach unserem Modell soll es den zivilen Ersatzdienst weiterhin geben. Dies folgt zwingend daraus, dass wir die Wehrpflicht dem Grunde nach beibehalten wollen. Dann muss es ebenso das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Möglichkeit des Ersatzdienstes geben."

Mittlerweile scheint aber auch er die Auswirkungen seiner Parteipläne realistischer einzuschätzen. Als Referent bei der Mitgliederversammlung der Zentralstelle KDV Mitte November in Berlin gab er auf Nachfrage zu, dass der Zivildienst dann „natürlich" völlig andere Dimensionen haben werde als heute. Die von ihm genannte Größenordnung von 20.000 – gegenüber heute 60.000 – wäre allerdings eher ein Beleg dafür, dass er gar nicht an die Umsetzung der freiwilligen SPD-Wehrpflicht glaubt. Legt man das aktuelle KDV-Verhalten zugrunde – ungefähr die Hälfte der tauglich Gemusterten verweigert – und sieht den Bundeswehr-Bedarf von jährlich 40.000 Neunmonatsdienern, dann würden 20.000 „Zivis" bedeuten, dass sich fast niemand freiwillig zur Bundeswehr melden würde.

Aber egal, wie man rechnet – klar ist: Den bislang bekannten Zivildienst mit seiner Bedeutung für den Sozialbereich würde es so nicht mehr geben. Auch deshalb wohl entfaltete Arnold bei der Zentralstellen-Versammlung die Vision eines breit gefächerten Dienste-Angebots: „Wir wollen ein gesellschaftliches Projekt ‚Freiwilligkeit' organisieren."

Und genau da wird es gefährlich, weil diese Vorstellung weit über die bisherige Verpflichtung im Rahmen der Wehrpflicht/des Kriegsdienstzwangs hinausgeht und sich einer staatlich verordneten allgemeinen Dienstpflicht nähert. Schon heute gibt es die Tendenz, „möglichst viele freiwillige Dienste als Ersatzdienst anzuerkennen", wie Arnold es formulierte.

Kuriose Begründung für die Wehrpflicht

Zum Teil werden die Wehrpflichtigen aber wirklich gebraucht. Ich war z.B. beim Wachbataillon, was zu 80 oder 90 Prozent aus Wehrpflichtigen besteht. Ohne Leute, die zu diesem Dienst gezwungen werden, könnten die keine Staatsgäste mehr empfangen, da kein Berufssoldat diesen Dienst freiwillig tun würde.

Eintrag in www.forum-wehrplicht.de

Tatsächlich wird jungen Männern zurzeit unter bestimmten Voraussetzungen die Leistung eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres so angerechnet, dass sie keinen Zivildienst mehr leisten müssen. FSJ/FÖJ werden damit faktisch zu Ersatzdiensten unter dem Dach der staatlichen Wehrpflicht. Arnold als SPD-Vordenker in diesen Fragen sieht einen positiven „gesellschaftlichen Wandel", nach dem soziale Dienste nicht mehr als aus dem Militärbereich „abgeleitete Dienste" verstanden würden.

Das hört sich so schön zivil an, ist bei näherer Betrachtung aber das glatte Gegenteil. Das Grundgesetz verbietet in Artikel 12 aus gutem Grund – wegen der zahlreichen Dienstverpflichtungen Nazi-Deutschlands – Zwangsarbeit und eine allgemeine Dienstpflicht und setzt dagegen „das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen". Nur im Gefängnis ist Zwangsarbeit zulässig – und für Kriegszwecke, eben als Wehrpflicht nach Artikel 12a Grundgesetz.

In der Logik der Verfassung heißt das: Nur wenn die staatliche Existenz auf dem Spiel steht, im Falle eine Angriffs von außen, gegen den sich der Staat verteidigen und dafür auch Vorsorge treffen darf, ausschließlich für diesen Fall werden ansonsten geltende Freiheitsrechte eingeschränkt.

Der zitierte „gesellschaftliche Wandel" bedeutet also eine Abkehr von diesem strikten Regel-Ausnahme-Verhältnis. Gilt bisher ein im Grundgesetz und dabei vor allem in den Grundrechten formuliertes Verständnis, dass der Staat für die Menschen da ist, so dreht sich das um; die Menschen sind dann für den Staat da.

Man mag von dem früheren Verfassungsgerichtspräsidenten und später Bundespräsident gewordenen Roman

Herzog halten, was man will. Aber dieser konservative Staatsrechtler brachte es bei seiner Ansprache auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr am 15. November 1995 bezüglich der staatlichen Wehrpflicht exakt auf den Punkt: „Die vielfältigen Vorteile für Staat und Streitkräfte reichen aber m.E. nicht als Begründung aus, ebenso wenig wie wolkige Rufe nach mehr Pflichtgefühl der jungen Leute. Die Wehrpflicht ist ein so tiefer Eingriff in die individuelle Freiheit des jungen Bürgers, dass ihn der demokratische Rechtsstaat nur fordern darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich gebietet. Sie ist also kein allgemeingültiges ewiges Prinzip, sondern sie ist auch abhängig von der konkreten Sicherheitslage. Ihre Beibehaltung, Aussetzung oder Abschaffung und ebenso die Dauer des Grundwehrdienstes müssen sicherheitspolitisch begründet werden können."

Wie sehr SPD-Mann Arnold mit dem „gesellschaftlichen Wandel" und den dahinter stehenden Gedanken einer Ausweitung staatlicher Inpflichtnahme richtig liegt, zeigt auch ein Blick in die andere Richtung der Großen Koalition. Die CSU hat Ende September in ihr – „In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten" überschriebenes – Grundsatzprogramm formuliert: „Die Allgemeine Wehrpflicht bleibt von zentraler Bedeutung für unsere nationale Sicherheitsvorsorge. Angesichts der vielfältigen Gefahren für unsere Sicherheit und aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber der jungen Generation strebt die CSU eine Ausdehnung der Allgemeinen Wehrpflicht zu einer sicherheitspolitisch begründeten Dienstpflicht für Männer, die den Dienst auch im Zivil- und Katastrophenschutz ermöglicht, sowie eine bessere Anrechnung von Freiwilligendiensten an."

Der Nachwuchs der Schwesterpartei ist schon lange auf dem Dienstpflicht-Trip. Bereits im September 2004 hat der JU-Deutschlandrat ein „Plädoyer für eine moderne Dienstpflicht" verabschiedet, in dem sie vorschlägt, „die bisherige allgemeine Wehrpflicht zu einer Dienstpflicht weiterzuentwickeln."

Trübe Aussichten also, was freiheitliche Perspektiven angeht. Der Verzicht auf den allgemeinen und direkten Kriegsdienstzwang wird erkauft mit einem noch übermächtigeren Staat, dem wir alle dienstbar sein sollen. Und der natürlich weiterhin Krieg führen will und das auch tut.

Insofern ist das Modell der freiwilligen SPD-Wehrpflicht auch eine durchaus moderne Variante. Warum will die SPD nicht ganz auf die Wehrpflicht verzichten, wenn doch die Bundeswehr jetzt schon zu 88 Prozent aus Zeit- und Berufssoldaten sowie „Freiwillig länger Wehrdienstleistenden" besteht, aus Freiwilligen also? Weil, so wieder Rainer Arnold, die Freiwilligenwerbung wie in den USA oder Großbritannien „mindestens genauso teuer" ist wie das Wehrersatzwesen mit Kreiswehrersatzämtern und Musterungen. Man muss die potenziellen Soldaten nicht mühsam auf der Straße, vor Schulen und in Einkaufszentren ködern – über die Musterung kommen sie ja ins eigene Haus. Deshalb werden die Kreiswehrersatzämter stärker zu „beratenden Organisationen".

Welche Aufgaben stellen sich angesichts dieser Rahmenbedingungen für Organisationen wie die DFG-VK? Die Mitgliederversammlung der Zentralstelle KDV hat die Richtung schon gewiesen. Alle paar Jahre legt sie eine Rangfolge der Aufgaben in einem moderierten Verfahren fest. Die „Top Five"-Liste, die die Vertreter der 26 Mitgliedsorganisationen zusammen mit Gästen aus dem KDV-Bereich erstellten, lautet: 1. Beratungsangebot erhalten 2. KDV-Beratung anbieten 3. Dienstpflicht verhindern 4. Lobbyarbeit stärken 5. Wehrpflicht abschaffen

Neben der klassischen Einzelfallhilfe für Ratsuchende im unübersichtlichen Wehrpflichtsystem ist die Verhinderung der Dienstpflicht damit – zu Recht – das Top-Thema.

Es wird also für die KDV-Organisationen darum gehen, weiter für die Abschaffung der Wehrpflicht einzutreten. Das bedeutet, die Aufhebung des Wehrpflichtgesetzes und die Streichung von Artikel 12a Grundgesetz zu fordern. Die freiwillige SPD-Wehrpflicht ist nur ein kleiner und problematischer erster Schritt. Da die Partei froh ist, einen alle Flügel zufriedenstellenden Kompromiss gefunden zu haben, wird sie an das Thema so schnell nicht wieder heranwollen, es allenfalls im nächsten Wahlkampf als „Zucker" für junge Leute verwenden wollen. Die drei kleineren möglichen Koalitionspartner sind da programmatisch weiter und fordern die Abschaffung der Wehrpflicht. Diese Position gilt es zu stärken und festzuklopfen, damit sie sich das nicht gegebenenfalls in Koalitionsverhandlungen abkaufen lassen.

Zweitens gilt es, bei allen Diskussionen über den Ausbau von freiwilligen Diensten „höllisch" aufzupassen. Diese sind das potenzielle Einfallstor für eine allgemeine Dienstpflicht. Die Frage ist deshalb, wie freiwilliges Engagement gefördert werden kann, ohne dass es gleichzeitig in Vorstellungen von staatlichem Zugriff und Verpflichtungsabsichten integriert wird? Zu fragen sein wird immer zuerst nach den ökonomischen Interessen der Dienste-Anbieter. Beispielsweise nehmen schon jetzt FSJ/FÖJ-Anbieter deshalb lieber solche Freiwilligen, deren Tätigkeit als „Ersatz-Ersatzdienst" eingestuft wird, weil sie dann höhere staatliche Zuschüsse erhalten als für „Nur-Freiwillige". Und bei allen Angeboten wird zu prüfen sein, ob sie tarifliche Arbeitsplätze verdrängen. Eine solche Entwicklung haben wir in großem Maßstab über Jahrzehnte im Zivildienst erlebt, Stichwort Arbeitsmarktneutralität.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage und stellvertr. Vorsitzender der Zentralstelle KDV. ZC

das zerbrochene Gewehr
Rundbrief der War Resisters' International – Nr. 76

AntimilitaristInnen in der Türkei unterstützen

1. Dezember: Tag der Gefangenen für den Frieden

Protestaktion türkischer AntimilitaristInnen

Im Januar 2006 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg über den Fall des türkischen Kriegsdienstverweigerers Osman Murat Ülke, der zwischen 1997 und 1999 etwa 2½ Jahre aufgrund mehrfacher Verurteilungen wegen „Ungehorsams" in verschiedenen Militärgefängnissen verbracht hat. Die Entscheidung des Gerichtshofes: „Die zahlreichen strafrechtlichen Anklagen gegen den Antragsteller, die kumulierenden Effekte der verhängten Strafen, die sich daraus ergaben, und der permanente Wechsel zwischen Zeiten der Anklage und der Strafverbüßung, zusammen mit der Möglichkeit, dass er bis ans Ende des Lebens der Strafverfolgung ausgesetzt sein würde, [...] waren mehr dazu kalkuliert, die intellektuelle Persönlichkeit des Antragstellers zu unterdrücken, und in ihm Gefühle der Angst, Pein, und Verletzlichkeit auszulösen, dazu geeignet ihn zu erniedrigen und zu entwürdigen, und seinen Widerstand und Willen zu brechen.

Das klandestine Leben, das fast einen „zivilen Tod" darstellte, welches der Antragsteller zu führen gezwungen war, war mit dem Strafregime einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar."

Zusammengefasst stellte dies eine Verletzung des Artikels 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention dar.

Soweit, so gut, könnte man meinen. Nach mehr als sieben Jahren hat der Fall ein Ende. Doch dem ist leider nicht so. Osman Murat Ülke lebt noch immer „illegal", auch wenn er die Entschädigung erhalten hat. Und im Juni 2007 erhielt er erneut einen Haftbefehl: er solle doch bitte noch eine Reststrafe von 1999 absitzen. Auf einen Antrag von Osman Murat Ülkes Anwältin, den Haftbefehl doch aufgrund des EGMR-Urteils aufzuheben, entschied das Militärgericht in Eskisehir: mit dem Haftbefehl ist alles in Ordnung, denn der EGMR hat ja keine Neuverhandlung angeordnet. Damit sind die alten Urteile gültig – selbst wenn dies eine Verletzung des Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt.

Diese eindeutige Missachtung des EGMR durch ein türkisches Militärgericht kommt nicht von ungefähr: mit dem Akt der Kriegsdienstverweigerung greifen die türkischen KDVer den Kern des türkischen Militarismus an.

Militarismus als Staatsdoktrin

Militarismus ist das bedeutendste Gründungsprinzip der türkischen Republik, an Bedeutung höchstens vergleichbar mit dem Laizismus, dessen selbst-ernannter Hüter wiederum das Militär ist. Die türkische Republik wurde am 23. Oktober 1923 nach einem

Fortsetzung auf Seite 2

Editorial

Willkommen zu dieser Sonderausgabe des *Zerbrochenen Gewehrs* zum 1. Dezember, dem Tag der Gefangenen für den Frieden. Dieses Jahr ist unser Schwerpunktthema die Situation in der Türkei. Wir haben dazu vor der derzeitigen Eskalation des türkisch-kurdischen Konfliktes entschieden, ein Konflikt, der erneut die Macht des Militärs in der Gesellschaft und Politik der Türkei deutlich macht. Eine Institution, die über allem steht – der Regierung, der Verfassung, und internationalen Menschenrechtsstandards.

Während derzeit – unseres Wissen – kein politischer KDVer oder anderer Gefangener für den Frieden eine Haftstrafe verbüßt, so kann sich das jederzeit ändern. Seit 1989 haben mehr als 60 Personen öffentlich ihre Kriegsdienstverweigerung erklärt (diese Zahl beinhaltet nicht die Zeugen Jehovahs oder andere religiöse Verweigerer), und zahlreichen AktivistInnen und JournalistInnen drohen Gefängnis, weil sie sich öffentlich gegen Militarismus geäußert haben, oder darüber berichtet haben. Zwei Kriegsdienstverweigerer – Halil Savda und Enver Aydemir, ein muslimischer Verweigerer – verbrachten dieses Jahr Zeit im Gefängnis und sind derzeit "frei", doch offiziell Deserteure. Andere Verweigerer – Osman Murat Ülke, Mehmet Bal, Mehmet Tarhan, um nur einige zu nennen – befinden sich in einer ähnlichen Situation des "zivilen Todes". Und alle erklärten Verweigerer können jederzeit von der Polizei verhaftet und an "ihre" Einheit übergeben werden.

In dieser Situation des "zivilen Todes" für Kriegsdienstverweigerer ist internationale Unterstützung dringend geboten. Druck ist sogar notwendig, damit die Türkei eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte umsetzt, und viel mehr Druck wird nötig sein, damit die Türkei endlich die Rechte der Kriegsdienstverweigerer und AntimilitaristInnen anerkennt.

Die War Resisters' International hat die türkischen KriegsgegnerInnen seit den Anfängen unterstützt. Mit Deiner Hilfe werden wir dies auch weiterhin tun.

Andreas Speck

Artikel 318: Die Opposition zum Schweigen bringen

Die nicht wirklich geheime Waffe des türkischen Militärs gegen AntimilitaristInnen

Seit den Anfängen der antimilitaristischen Bewegung in der Türkei mussten sich die AntimilitaristInnen nicht nur Sorgen um Anklagen wegen Verweigerung des Militärdienstes sorgen, selbst das öffentliche Auftreten gegen Militarismus konnte zu Anklagen führen. Tatsächlich basierten die ersten Strafverfahren türkischer AntimilitaristInnen auf dem damaligen Artikel 155 des türkischen Strafgesetzbuches, betitelt „Distanzierung des Volkes vom Militär". Kürzlich erhielt dieser Artikel als Teil der Bemühungen, das türkische Strafrecht den Forderungen der Europäischen Union anzugleichen, eine neue Nummer: jetzt ist es Artikel 318. Der Inhalt hat sich aber nicht wesentlich geändert.

Als Tayfun Gönül und Vedat Zencir 1989 zuerst ihre Kriegsdienstverweigerung erklärten, wurden sie nicht für die Verweigerung selbst vor Gericht gestellt, sondern wegen Artikel 155. Ähnlich wurden die ersten KDV-AktivistInnen, KDVer selbst, und JournalistInnen, die diese interviewten, unter Artikel 155 angeklagt und oft verurteilt. Ein wichtiger Fall war in diesem Zusammenhang 1993 der Fall von Erhan Akyıldız und Ali Tevfik. Beide wurden angeklagt, weil sie am 8. Dezember 1993 ein Interview mit Aytek Özel, Vorsitzende des SKD, und einem KDVer im Fernsehsender HBB ausgestrahlt hatten.

Produzent Erhan Akyıldız und Reporter Ali Teyfik wurden auf eine Anordnung des Generalstabs hin verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt – das erste Mal, dass ZivilistInnen in einem Militärgericht der Prozess gemacht wurde. Für Aytek Özel und den KDVer wurden Haftbefehle ausgestellt. Erhan Akyıldız und Ali Tevfik wurden zur Mindeststrafe von zwei Monaten Haft verurteilt, und Aytek Özel, die sich am 8. Dezember 1994 in Ankara dem Militärgericht stellte, wurde zu einem Jahr und 15 Tagen Haft verurteilt. Wichtig an diesem Fall war, dass, nachdem das Staatssicherheitsgericht sich für nicht

---

Fortsetzuung von Seite 9

vierjährigen „Unabhängigkeitskrieg" unter Führung von Mustafa Kemal Atatürk von Atatürk gegründet. Der neue türkische Staat führte eine Reihe von Reformen durch, um die Macht des Islam zu brechen und die Türkei zu „modernisieren" – sprich „verwestlichen": die Einführung des europäischen Kalenders (1926), der Wechsel vom arabischen zu einem auf dem europäischen Alphabet basierendem Alphabet (1928), ein neues Zivil- und Strafrecht basierend auf dem schweizerischen und italienischem Recht (1926), unter anderen. Doch der neue türkische Staat war weit davon entfernt, demokratisch zu sein: „Von der Verkündung des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der Ordnung im März 1925 an war die Regierung der Türkei ein autoritäres Ein-Parteien-Regime, und, um es nicht zu gut darzustellen, eine Diktatur." (Zürcher)

Doch diese Reformen gingen mit der Schaffung des „Mythos der Militärnation" (Altınay) einher, mit der Wehrpflicht für Männer als zentrales Element. So schnell wie praktisch möglich – mit der ersten Volkszählung von 1927 – führte die neue türkische Republik die Wehrpflicht ein, und vervielfachte die Truppenstärke von 1922 ca. 78.000 auf 800.000 Soldaten 1939/40. Dies ging einher mit der Schaffung des Mythos des „jeder (männliche) Türke ist als Soldat geboren" – heute tief in der türkischen Mehrheitskultur verankert.

Bis heute spielt das Militär im öffentlichen und politischen Leben des Landes eine wichtige Rolle. Seit Gründung der türkischen Republik hat das Militär dreimal die Macht im Land übernommen (1960, 1971, 1980), und mehrere „stille Putsche" durchgeführt, in denen es der zivilen politischen Elite seinen Willen aufgezwungen hat. Entsprechend der türkischen Verfassung untersteht der Generalstab nicht dem Verteidigungsministerium – er hat sich mit diesem nur abzustimmen.

Die Ereignisse diesen Jahres um die Wahl des neuen türkischen Präsidenten Abdullah Gül – Mitglied der moderat-islamischen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) – haben nicht nur den Machtkampf zwischen dem Militär als selbsternannter Hüter der Prinzipien Atatürks und einem an Stärke gewinnenden modernisierten und moderaten Islam in der Türkei deutlich gemacht, sondern auch den Machtkampf zwischen dem Militär und zivilen Institutionen allgemein.

Die kurdische Frage

Der kemalistische türkische Nationalismus ist von der multi-ethnischen Realität in der Türkei weit entfernt. In den letzten Monaten hat das Thema des armenischen Genozids von 1919, und das Wieder-Erstarken der kurdischen Guerilla der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) für Nachrichten gesorgt.

Seit 1980 hat die PKK einen Guerilla-Krieg gegen den türkischen Staat geführt, zunächst mit dem Ziel kurdischer Unabhängigkeit, heute mit dem Ziel von Autonomie innerhalb des türkischen Staates. Das türkische Militär hat darauf mit einem totalen Krieg in den kurdischen Provinzen, dem Ausrufen des Notstandes, und einer Politik der ethnischen Säuberung reagiert. 1999 gelang es der Türkei Abdullah Öcalan, damals Chef der PKK, gefangen zu nehmen. Er wurde zum Tode verurteilt, und die Strafe wurde später in lebenslange Haft unter erschwerten Bedingungen umgewandelt.

Auch wenn das einen schwerwiegenden Schlag für die PKK darstellte, so hat sich diese mittlerweile davon erholt und sich neu formiert. Die jüngsten Angriffe auf türkischem Gebiet, und die Gefangennahme von acht Soldaten durch die PKK, die in diesem Falle aus dem Norden Iraks heraus operierte, führten zu Spannungen zwischen der Türkei und Irak – und schließlich auch zwischen der Türkei und ihren NATO-Verbündeten, insbesondere den USA und Großbritannien.

Während diese Ausgabe des Zerbrochenen Gewehrs in Druck geht hat die Türkei 100.000 Soldaten an der Grenze zu Irak in Stellung gebracht, bereit in den Irak einzumarschieren, um den „Terrorismus auszurotten". Erste Luftangriffe auf irakisches Gebiet gab es bereits. Zu Anfang war die AKP-Regierung gegen eine militärische Lösung, doch die Macht des Militärs in der Türkei zwang die Regierung die Position des Militärs zu übernehmen – oder von den durch das Militär dominierten Ereignissen überrannt und an den Rand gedrängt zu werden. Jetzt nimmt die Regierung öffentlich eine extrem harte Position ein. Kurz vor Redaktionsschluss hat die Türkei gerade einen Lösungsvorschlag der irakischen Regierung abgelehnt.

Andreas Speck

Literatur:

Ayşe Gül Altınay: The Myth of the Military-Nation. Militarism, Gender, and Education in Turkey. New York, 2004

Erik Jan Zürcher (ed.): Arming the State: Military Conscription in the Middle East and Central Asia 1775-1925. London und New York, 1999

zuständig erklärt hatte, der Weg frei war für die Aburteilung von ZivilistInnen vor einem Militärgericht.

Auch im Fall von Osman Murat Ülke, dem ersten Kriegsdienstverweigerer, der für seine Verweigerung inhaftiert wurde, ging es bei den ersten Strafverfahren – und den ersten Urteilen – um Artikel 155. Das erste Strafverfahren nach seiner Verhaftung am 7. Oktober 1996 war wegen Artikel 155 – Distanzierung des Volkes vom Militär durch die öffentliche Verbrennung seiner Einberufungspapiere und seine Erklärung als KDVer.

In jüngerer Zeit, seit der sogenannten „Strafrechtsreform", gab es einige Fälle der Anklage unter dem jetzigen Artikel 318, unter anderem:

- Doghan Özkan, ein Aktivist der KDV-Platform des Menschenrechtsvereins (IHD) in Istanbul. Er gab am 12. Dezember 2004 eine öffentliche Erklärung für die Presse ab, und wurde daraufhin am 20. September 2006 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde später in eine Geldstrafe von 3000 YTL umgewandelt. Über die Berufung ist noch nicht entschieden.
- Perihan Magden wurde wegen ihres Artikels „Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht", veröffentlicht in Yeni Aktuel am 27. Dezember 2005, wegen Verletzung des Artikels 318 angeklagt. Sie wurde am 27. Juli 2006 freigesprochen, da das Gericht die Meinungsfreiheit höher bewertete.
- Birgul Ozbaris, ein Reporter der Zeitung Ozgur Gundem, wurde wegen sieben verschiedener Fälle der Verletzung von Artikel 318 angeklagt. Insgesamt drohen ihr 21 Jahre Haft.
- Gökhan Gencay, Reporter der Tageszeitung Birgün, wurde aufgrund eines Interviews mit KDVer Erkan Bolat, veröffentlicht am 10. Oktober 2005, wegen Artikel 318 angeklagt. Sein Fall wurde vom Strafgerichtshof eingestellt.
- Halil Savda ist nicht nur wegen seiner Kriegsdienstverweigerung angeklagt, sondern wurde auch wegen Artikel 318 angeklagt, da er vor dem israelischen Konsulat in Istanbul eine Solidaritätserklärung mit israelischen KDVern verlas.

Es ist eindeutig, dass Artikel 318 (und zuvor Artikel 155) genutzt werden, um die Opposition zum Schweigen zu bringen. Jegliche Kritik am Militär kann potentiell zu einer Anklage und Gefängnisstrafe nach Artikel 318 führen. So ist eine offene Diskussion über die Rolle des Militärs in der türkischen Gesellschaft praktisch unmöglich.

Artikel 318 sieht eine Höchststrafe von zwei Jahren Haft vor, und von drei Jahren in Fällen, wo die „Tat" mit Mitteln der Presse begangen wird. Im Juni diesen Jahres wurde Artikel 318 aber in den Kreis des türkischen Anti-Terror-Code mit aufgenommen, wodurch Kriegsdienstverweigerung als „organisiertes Verbrechen" und „gefährlich" eingestuft wird. Effektiv werden damit die Strafen auf bis zu 4 ½ Jahre Haft erhöht.

Türkische AntimilitaristInnen haben jetzt eine Kampagne gegen Artikel 318 begonnen, mit der Forderung, diesen Artikel abzuschaffen, und anstehende Verfahren einzustellen. Diese Kampagne verdient Unterstützung.

Artikel 318:

(1) Aktivitäten, Aufforderungen und Empfehlungen, die das Volk vom Militärdienst distanzieren oder entsprechende Propaganda werden mit sechs Monaten bis zu zwei Jahren Haftstrafe bestraft.
(2) Falls diese Straftat durch Medien oder Presse begangen wurde, wird die Strafzumessung um die Hälfte erhöht.

Ehrenliste der Gefang

So funktioniert die Liste

Zuerst sind die Namen der Gefangenen aufgeführt (in **Fettdruck**) darauf folgend ihre Haftzeit und dann die Gefängnisadresse mit ✉. Am Schluss steht der Grund ihres Gefängnisaufenthaltes (in *kursiv*)

Spezielle Informationen zu einzelnen Ländern sind ebenfalls *kursiv* gedruckt.

Armenien

Auch wenn Armenien im Jahr 2004 ein Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung verabschiedet hat, so werden doch weiter Kriegsdienstverweigerer inhaftiert. Viele KDVer weigern sich ebenfalls, den Ersatzdienst abzuleisten, da dieser vom Verteidigungsministerium kontrolliert wird. Eine Änderung des Gesetzes zur Kriegsdienstverweigerung regelt nun die Strafverfolgung von Verweigerern, die auch die Ableistung des Ersatzdienstes verweigern. Im Mai 2006 haben KDVer der Zeugen Jehovahs sich an den Europäischen Gerichtshof gewandt, aufgrund der Verletzung ihres Menschenrechtes auf Kriegsdienstverweigerung.

Eritrea

Paulos Eyassu (24/09/1994—)
Negede Teklemariam (24/09/1994—)
Isaac Mogos (24/09/1994—)
Aron Abraha (09/05/2001—)
Mussie Fessehaye (Juni 2003—)
Ambakom Tsegezab (Februar 2004—)
Bemnet Fessehaye (Februar 2005—)
Henok Ghebru (Februar 2005—)
✉ Sawa Prison, Eritrea

Amanuel Tesfaendrias (März 2005—)
✉ Wia Prison, Eritrea
Insgesamt befinden sich derzeit neun Zeugen Jehovah's wegen Kriegsdienstverweigerung im Gefängnis. Drei Zeugen Jehovah's sind seit dem 24. September 1994 aufgrund ihrer Verweigerung des Militärdienstes inhaftiert. Alle drei wurden bislang wegen ihres "Verbrechens" nicht angeklagt. Die Höchststrafe für Kriegsdienstverweigerung liegt bei drei Jahren.

Finnland

Auch wenn Finnland derzeit unter dem Druck der UN und anderer internationaler Institutionen steht, so werden doch weiterhin Totalverweigerer inhaftiert und das Land weigert sich, das Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung in Einklang mit internationalen Standards zu bringen. Am 1. Oktober befanden sich 20 Totalverweigerer im Gefängnis, doch nur fünf, die am 1. Dezember im Knast sein werden, waren mit der Veröffentlichung ihres Namens einverstanden.

Matias Silmunen (01/10/07—April 08)
✉ Käyrän vankila, Pappilantie 36, 21370 Aura kk, Finnland

Kristian Valkonen (28/08/07—09/02/08)
✉ Satakunnan vankila, Huittisten osasto, PL59, 32701 Huittinen, Finnland

Pertti Majander (25/06/07—26/12/07)
✉ Vilppulan vankila, Kotiniementie 67, 35700 Vilppula, Finnland

Jani Asikainen (10/07/07—30/01/08)
✉ Naarajärven vankila, PL 1, 76851 Naarajärvi, Finnland

Tatu Marttila (04/09/07—20/03/08)
✉ Jokelan vankila/avo-osasto, PL 20, 05401 Jokela, Finnland

Israel

In Israel werden weiterhin KriegsdienstverweigererInnen inhaftiert. Die israelische Praxis der wiederholten bis zu fünfwöchigen Disziplinarstrafen macht es jedoch unmöglich jetzt zu wissen, wer am 1. Dezember in Haft sein wird. Aktualisierungen und neue Informationen finden sich auf der WRI-Internetseite unter http://wri-irg.org/news/alerts.

Puerto Rico

José Pérez González (21519-069)
(5 Jahre – bis 15/01/08)
✉ CCM Miami, Community Corrections Office, 401 N. Miami Ave., Miami, FL33128, USA

Wurde wegen Verschwörung, Beschädigung von Bundeseigentum und/oder Verletzung von Bewährungsauflagen am 15. Januar 2003 verurteilt, für Widerstand gegen die US-Bombardierungen auf Vieques, Puerto Rico.

Russische Föderation

Igor Sutyagin (15 Jahre)
✉ 163050, Arkhangelsk; Ul. Pirosovaya, d. 27; FGU IK-1, 5 otryad; Russland
Seit dem 27.10.1999 inhaftiert, jetzt wegen Spionage verurteilt wegen der Recherche zu öffentlich zugänglichen Informationen zu Nuklearwaffen. Verurteilt am 7. April 2004.

Südkorea

Im Jahr 2004 haben der Oberste Gerichtshof und das Verfassungsgericht des Landes gegen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung geurteilt. Derzeit befinden sich mehr als 1000 Kriegsdienstverweigerer in Gefängnisses, die meisten von ihnen Zeugen Jehovah's. Im November 2006 entschied das UN-Menschenrechtskomitee, dass die Nichtanerkennung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung eine Verletzung von Artikel 18 des Internationalen Zivilpaktes darstellt. Dennoch werden weiterhin KDVer inhaftiert.

Kim Chisoo (prisoner No. 3498, 13/09/07—13/03/09)
✉ Seoul Jail, Box 20 P.O.

genen für den Frieden

Gunpoucheguk Gyeonggi-do, Korea, 437-702

Yoo Minseok (prisoner No. 1535, 17/08/07—17/02/09)
Yeoju Prison / Box 30 P.O. Yeojuucheguk Yeoju-eup, Yeoju-gun Gyeonggi-do, Korea, 469-885

Jung Jaehoon (prisoner No. 2542, 22/05/07—22/11/08)
Yeongdeungpo Jail / Box 164 P.O., Seoulgeumcheonucheguk, Korea, 152-707

Kim Dohyung (prisoner No. 906, 26/01/06—end/12/07, release on parole)
Yeongdeungpo Prison / Box 165 P.O. Geumcheonucheguk Seoul, Korea, 152-707

Park Chul (prisoner No. 2426, 07/11/06—07/05/08)
Yeongdeungpo Jail / Box 164 P.O. Seoulgeumcheonucheguk, Korea, 152-707

Song Inwook (prisoner No. 907, 23/11/06—23/05/08)
Yeongdeungpo Prison / Box 165 P.O. Geumcheonucheguk Seoul, Korea, 152-707

Park Kyungsoo (prisoner No. 1974, 14/12/06—14/06/08)
Seongdong Jail / Box 177 P.O. Songpaucheguk Seoul, Korea, 138-709

Türkei

Derzeit befindet sich kein nicht-religiöser KDVer im Gefängnis. Der War Resisters' International sind jedoch mehrere Fälle von Zeugen Jevovahs bekannt, die aufgrund ihrer religiösen Überzeugung den Kriegsdienst verweigern.

Çağlar Buldu *ist derzeit im Militärgefängnis von Afyon im Arrest. Vom 28. April 2005 bis 13. Juli 2006 verbrachte er bereits 15 Monate im Gefängnis. Er wurde am 24. September 2007 erneut verhaftet, und wird voraussichtlich bis 20. November in Afyon inhaftiert sein, und danach 43 Tage in einem zivilen Gefängnis eine Reststrafe verbüßen. Eine Adresse ist der WRI leider nicht bekannt.*

Bariş Görmez *wurde am 22 Oktober 2007 verhaftet, als er sich beim Rekrutierungsbüro meldete. Er ist derzeit bei der Istanbul Maslak Stadtgendarmerie-Kommandantur im Arrest, und es wird erwartet, dass er bald zu seiner Einheit in Antalya verlegt werden wird. Derzeit ist nicht bekannt, wie lange er in Haft bleiben wird.* □

Turkmenistan

In diesem Jahr hat Turkmenistan erneut Zeugen Jehovahs aufgrund ihrer KDV verhaftet – die meisten wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt. Nach einer im Oktober 2007 verkündeten Amnestie sind die Bewährungsauflagen bei zwei Verweigerern weiterhin gültig, was ihre Bewegungsfreiheit einschränkt.
Bayram Ashirgeldyyev und Begench Shakhmuradov wurden durch die Amnestie nicht von der Verbüßung der im Sommer verhängten zwei Jahre auf Bewährung befreit.

USA

Helen Woodson (03231-045) (106 Monate—bis 09/09/11)
FMC Carswell, Max Unit, POB 27137, Ft. Worth, TX 76127
Antikriegsprotest am Bundesgericht in Kansas City, Missouri, am 11.03.04, Verletzung der Auflagen nach der Haftentlassung vom 9.3.04. Plädierte auf schuldig zur Verletzung der Auflagen und vier neuer Anklagen am 18.06.04.

Joseph Donato (40884-050) (27 Monate—bis 31/01/08)
CCM Philadelphia, 2nd Chestnut St., Philadelphia, PA 19106, USA
Wurde im Dezember 2004 aufgrund Verweigerung der Zahlung von Kriegssteuern aus religiösen Gründen verurteilt.

Rafil Dhafir (11921-052) (22 Jahre—bis 26/04/22)
FCI Terre Haute, POB 33, Terre Haute, IN 47808
Verurteilt wegen humanitärer und finanzieller Hilfe für Menschen im Irak in Verletzung der US-Sanktionen, Februar 2005.

Louis Vitale (25803-048) (5 Monate—bis 14/03/08)
Stephen Kelly (00816-111) (5 Monate—bis 14/03/08)
c/o the Nuclear Resister, POB 43383, Tucson, AZ 85733, USA
Gebetshafter Landfriedensbruch zur Überreichung eines Briefes gegen die offizielle Folterpolitik am US Army Intelligence Headquarters, Ft. Huachuca, Sierra Vista, Arizona, am 6. November 2007

Aktionen

- Nimm dir am 1. Dezember mindestens eine Stunde Zeit und schreibe mindestens vier Karten an Gefangene.
- Überzeuge deine Friedensgruppe, Schulklasse oder Kirchengemeinde, eine Karten-Schreib-Session zu organisieren.
- Baue im Zentrum deiner Stadt einen Infostand auf, veranstalte ein Strassentheater oder mache etwas, was dir sinnvoll erscheint, um Aufmerksamkeit und Interesse zu erwecken.

Hinweise zum Verschicken von Karten oder Briefen

- Karten sollten immer im Umschlag verschickt werden.
- Gib deinen eigenen Namen und deine Anschrift mit an.
- Sei mitfühlend und kreativ, schicke Fotos aus deinem Leben.
- Schreibe den Gefangenen, wie du dich gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen engagierst.
- Schreibe nichts, was den/dem Gefangenen mehr einbringen könnte.
- Überlege, was du gerne erhalten würdest, wenn du im Gefängnis wärst.
- Erwarte nicht, dass den/die Gefangene antwortet.
- Falls deine Karte zurückgeschickt wird, schicke sie an die entsprechende Botschaft in deinem Land, mit der Bitte, sie an den Gefangenen weiterzuleiten.
- Denke daran – im nächsten Jahr könntest du dann von ihnen sein.

Unterstütze unsere Arbeit

Seit 50 Jahren veröffentlicht die War Resisters' International die Namen und Geschichten von Gefangenen aus Gewissensgründen. Helft der WRI, diese Tradition fortzusetzen.
Gib eine besondere Spende für "Gefangene für den Frieden", um die Arbeit im nächsten Jahr zu ermöglichen.

Schicke deine Spende an: Fördervereen War Resisters' International e.V., Konto-Nr. 11787813, Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53. Online-Spende unter http://wri-irg.org/de/donate-de.htm

Kriegsdienstverweigerung in der Türkei

„Patriotischer Dienst ist ein Recht und eine Pflicht jedes türkischen Staatsbürgers", so Artikel 72 der türkischen Verfassung. Der Militärdienst ist somit scheinbar ein unvermeidbarer Teil des Lebenslaufes türkischer Männer. Der Gedanke, dass ein Mann, der nicht körperlich nicht dazu in der Lage ist, nicht im Militär des Landes dienen würde, kann öffentlich fast nicht zum Ausdruck gebracht werden. Die Türkei als Militärnation und der Mythos des *„jeder Türke ist als Soldat geboren"* wurden seit den frühen Zeiten der türkischen Republik sorgfältig aufgebaut, und erst seit kurzer Zeit beginnt dieser Mythos, Risse zu zeigen.

Eine Kriegsdienstverweigerungsbewegung

Im Dezember 1989 erklärte Tayfun Gönül als erster öffentlich seine Kriegsdienstverweigerung. Kurz danach – im Februar 1990 – folgte Vedat Zencir. Beide Erklärungen erhielten einiges an öffentlicher Aufmerksamkeit, und im Dezember 1992 wurde die erste türkische KriegsgegnerInnen-Vereinigung in Izmir ins Leben gerufen. Das war der Beginn von etwas, was vielleicht als Kriegsdienstverweigerungsbewegung bezeichnet werden kann.

In den folgenden Jahren erklärten mehrere junge Männer ihre Kriegsdienstverweigerung, und 1993 fand das Internationale KDV-Treffen in Ören in der Türkei statt, das in der jungen türkischen KDV-Bewegung zu viel Energie und Enthusiasmus führte.

Zunächst sah sich die Bewegung im wesentlichen Anklagen unter Artikel 155 (jetzt 318 – Artikel auf S. 3) gegenüber, und kein Kriegsdienstverweigerer wurde aufgrund seiner Verweigerung inhaftiert. Das änderte sich erst mit der Verhaftung von Osman Murat Ülke am 7. Oktober 1996 (siehe Spalte). Doch selbst während der Zeit zu der Osman im Gefängnis sass vermied der türkische Staat die Inhaftierung anderer Kriegsdienstverweigerer, selbst wenn einige ihre Verhaftung zu provozieren versuchten.

Im März 1999 wurde Osman Murat Ülke aus dem Gefängnis in ein klandestines Leben entlassen. Seitdem verbrachten mehrere andere Verweigerer einige Zeit im Gefängnis – Halil Savda, Mehmet Bal, Mehmet Tarhan – und wurden Monate später in ein Leben entlassen, das als „ziviler Tod" angesehen werden muss.

Trotzdem haben bis heute mehr als 60 Personen ihre Kriegsdienstverweigerung öffentlich erklärt, und fordern ein Recht ein, das die Türkei nicht anerkennen will.

Fortschritte?

Zu Anfang war die Entscheidung des EGMR zu Osman Murat Ülke Anlass für die Hoffnung, dass die Situation sich bald lösen ließe. Doch die Entwicklungen der letzten Zeit sind weniger positiv. Dazu gehört insbesondere die obstruierende Haltung der türkischen Regierung bei der Implementierung der Entscheidung des EGMR im Fall von Osman Murat Ülke.

Doch Ülke's Fall ist nicht der einzige negative Indikator: im Falle eines verweigernden Zeugen Jehovas entschied das Militärberufungsgericht in Ankara am 29. Mai 2007, dass die wiederholte Bestrafung für 'andauernden Ungehorsam' rechtlich unbedenklich ist – in totaler Missachtung der EGMR-Entscheidung im Fall von Osman Murat Ülke. Das Gericht sah noch nicht einmal die Notwendigkeit seine Position im Angesicht des EGMR-Urteils argumentativ darzulegen.

Doch in ihren Mitteilungen an den Europarat zur Implementierung der EGMR-Entscheidung betonte die türkische Regierung, dass derzeit ein Gesetz in Vorbereitung ist, das die Menschenrechtsverletzungen von Osman Murat Ülke und anderen KDVern beenden wird. Bisher kennt niemand diesen Gesetzesentwurf, und es muss betont werden, dass die türkische Regierung nirgendwo von der Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung spricht. Es bedarf wohl noch weiterer EGMR-Urteile um die Türkei zu überzeugen, dass Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht darstellt...

Weitere Informationen:
http://wri-irg.org/co/turkcampaign-de.htm

Liste der erklärten türkischen Kriegsdienstverweigerer

1	1989, Dezember	Tayfun Gönül	İSTANBUL	32	2004, 28. Juni	Doğan Özkan	İSTANBUL
2	1990, Februar	Vedat Zencir	İZMİR	33	2004, 28. Juni	Sinan Dundar	İSTANBUL
3	1993, 16. Januar	Erkan Calpur	İZMİR	34	2004, 5. September	Ömer Sezer	ANKARA
4	1993, 16. Januar	Atilla Akar	İZMİR	35	2004, 5. September	İmdat Sanli	ANKARA
5	1993, 16. Januar	Yusuf Doğan	İZMİR	36	2004, 5. September	İsmail Sabanci	ANKARA
6	1993, März	Yavuz Atan	İSTANBUL	37	2004, 5. September	Salih Arikan	ANKARA
7	1994, 17. Mai	Gökhan Demirkiran	İSTANBUL	38	2004, 5. September	Hasan Akyürek	ANKARA
8	1994, 17. Mai	Arif Hikmet Iyidogan	İSTANBUL	39	2004, 5. September	Levent Duranyan	ANKARA
9	1995, 1. September	Osman Murat Ülke	İZMİR	40	2004, 23. September	Ceylan Özerengin	İSTANBUL
10	2000, 15. Mai	Uğur Yorulmaz	İSTANBUL	41	2004, 4. Oktober	Sahin Özbay	İSTANBUL
11	2000, 15. Mai	Timuçin Kizilay	İSTANBUL	42	2004, 28. Oktober	Necdet Özaktin	İSTANBUL
12	2000, 15. Mai	Hasan Cimen	İSTANBUL	43	2004, 26. November	Halil Savda	ÇORLU
13	2001, 27. Oktober	Mehmet Tarhan	İSTANBUL	44	2004, 18. Dezember	Veli Akdag	İZMİR
14	2001, 27. Oktober	Erdem Yalcinkaya	İSTANBUL	45	2005, 3. Januar	Necati Balbay	LÜLEBURGAZ
15	2003, 22. Januar	Mehmet Bal	MERSİN	46	2005, 14. Mai	Ferda Ülker	İZMİR
16	2003, 24. Januar	Erkan Ersöz	İSTANBUL	47	2005, 14. Mai	Ayten Demir	İZMİR
17	2003, 24. Januar	Serdar Girgin	İSTANBUL	48	2005, 14. Mai	Yahsan Çarak	İZMİR
18	2003, 24. Januar	Emir Üner	İSTANBUL	49	2005, 14. Mai	Hilal Demir	İZMİR
19	2003, 24. Januar	Mustafa Seyhoglu	İSTANBUL	50	2005, 14. Mai	Bülent Bektas	İZMİR
20	2003, 15. Mai	Sami Serkan Kazak	İSTANBUL	51	2005, 14. Mai	Ayse Girgin	İZMİR
21	2003, 15. Mai	Ahmet Cem Özturk	İSTANBUL	52	2005, 14. Mai	Mehmet Öd	İZMİR
22	2003, 20. November	Tuğkan Tug	İZMİR	53	2005, 14. Mai	Fikret Yürsever	İZMİR
23	2004, 15. Mai	Mahmut Elkus	İSTANBUL	54	2005, 14. Mai	Eylem Baris	İZMİR
24	2004, 15. Mai	Cemal Karaskus	İSTANBUL	55	2005, 14. Mai	Ercan Aktas	İZMİR
25	2004, 15. Mai	Ersan Uğur Gül	İSTANBUL	56	2005, 3. August	Figen	İSTANBUL
26	2004, 15. Mai	Yasar Öner	İSTANBUL	57	2005, 3. August	Erkan Yenulan	İSTANBUL
27	2004, 15. Mai	Inci Aglagul	İSTANBUL	58	2006, 15. Mai	Ahmet Özdemir	ANKARA
28	2004, 15. Mai	Ebru Topal	İSTANBUL	59	2006, 15. November	İsmail Saygi	İSTANBUL
29	2004, 15. Mai	Yontem Yurtsever	İSTANBUL	60	2007, 19. April	Gökhan Aydin	KOCAELI
30	2004, 15. Mai	Nazan Askeran	İSTANBUL	61	2007, 13. Mai	Ahmet Aslan	İSTANBUL
31	2004, 15. Mai	Hürriyet Sener	İSTANBUL	62	2007, 20. Mai	Özlem Mollamehmetoğlu	İSTANBUL

Der Fall Osman Murat Ülke

Osman Murat Ülke erklärte seine Kriegsdienstverweigerung am 1. September 1995 in Izmir, und verbrannte seine Einberufungspapiere. Erst mehr als ein Jahr später – am 7. Oktober 1996 – wurde er aufgrund eines Haftbefehles basierend auf Artikel 155, "Entfremdung des Volkes vom Militär", verhaftet. Einmal in den Händen des Militärs wurde er auch an seine Einheit überstellt, wo er jeglichen Befehl verweigerte. Er wurde wiederholt wegen „Ungehorsams" verurteilt, was zu einer Situation führte, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte später als „konstanten Wechsel zwischen Anklage und Zeiten der Inhaftierung" bezeichnete. Dieser Zustand dauerte 2 ½ Jahre, und danach war Osman Murat Ülke noch immer zur Ableistung des Militärdienstes verpflichtet, und somit zu einem klandestinen Leben gezwungen.

Am 24. Januar 2006 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, das diese Behandlung als „ziviler Tod" angesehen werden muss, und eine Verletzung des Artikels 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt. Die Türkei wurde zur Zahlung von Schadensersatz verurteilt. Obwohl Osman diesen Schadensersatz erhielt, änderte sich die Situation für ihn nicht. Im Juni 2007 wurde ihm ein neuer Haftbefehl zugestellt. Er soll eine Reststrafe, die auf eine Verurteilung von 1999 zurückgeht, absitzen. Damit widersetzt sich die Türkei dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Der Europarat hat bei einem Treffen im Oktober betont, das Urteile des EGMR „im türkischen Rechtssystem direkt anwendbar sind, entsprechend Artikel 90 der türkischen Verfassung", und hat die Türkei eindringlich aufgefordert, die Verletzung von Osman's Rechten zu beenden. Der Fall ist noch nicht beendet...

Spende an die War Resisters' International

Wie kann an die WRI gespendet werden?

- per Dauerauftrag, was es für uns einfacher macht, zu planen – wenn wir davon wissen (bitte umseitig ankreuzen). Es besteht die Möglichkeit einer steuerabzugsfähigen Spende oder einer Spende direkt an die WRI.
- per Kreditkarte – bitte nebenstehendes Formular ausfüllen oder per Zahlung auf unserer Internetseite unter http://wri-irg.org/de.
- per Überweisung in Euros – steuerabzugsfähig innerhalb der BRD – an den Förderverein War Resisters' International e.V., Konto-Nr. 11787613, Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53
- per Überweisung in Euros direkt an die WRI: War Resisters' International, Bank of Ireland, IBAN IE91 BOFI 9000 9240 41 35 47
- per Scheck, Geldanweisung oder Bankanweisung in britischen Pfund, zahlbar an die War Resisters' International

Zahlung per Kreditkarte

Bitte belastet meine Kreditkarte mit dem Betrag von £/US$/€ ..... (bitte Währung deutlich markieren).

Kreditkarte: Visa/Access/Mastercard /American Express (unzutreffendes streichen)

Kartennummer:

_ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _ _

Sicherheitscode: .....

Gültig bis: ___ / ___

KarteninhaberIn: .....

Unterschrift: .....

Rechnungsanschrift (falls verschieden von umseitig angegebener Adresse):

.....

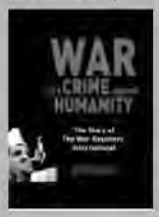
.....

.....

Vielen Dank für die Unterstützung!

WRI-Materialienbestellung

Mit diesem Formular kannst Du Materialien der War Resisters' International bestellen. **Sende das ausgefüllte Formular an: War Resisters' International, 5 Caledonian Road, London N1 9DX, Grossbritannien – zusammen mit einem Scheck zahlbar an War Resisters' International in €.** Oder bestelle online unter http://wri-irg.org/shop/shop-de-eu.htm.
Alle Preise einschliesslich Versandkosten.

Anzahl	Beschreibung	Einzelpreis
____	1-9 Anstecker 'Zerbrochenes Gewehr' a	€2,25
____	10-90 Anstecker per 10	€14,00
____	100 und mehr Anstecker per 100	€117,50
____	*Housmans Peace Diary 2008* and Housmans World Peace Directory ISSN 0957-0136 ISBN 978 0 85283-266 0	€13,50
____	Emily Miles: *CO Guide to the UN Human Rights System* (WRI und Quaker UN Office Geneva, 2000)	€19,00
____	*Resistance and Reconstruction* (Institute for Total Revolution, Vedcchi 1988)	€7,25
____	Devi Prasad & Tony Smythe: *Conscription: A World Survey* (WRI, London 1968)	€7,00
____	Peter Brock: *Testimonies of Conscience* (Privatdruck, Toronto 1997)	€7,00
____	Brian Martin et al: *Nonviolent Struggle and Social Defence* (WRI, London 1991)	€10,50
____	Mitzi Bales (Hrsg.): *Opening Doors to Peace: A Memorial to Myrtle Solomon* (WRI, London 1991)	€7,00
____	Devi Prasad: *War is a crime against humanity. The story of War Resisters' International* (WRI, London 2005) 	€47,00
____	Bitte füge eine Spende hinzu	€ ____
	Gesamtsumme:	€ ____

Name: _____

Anschrift: _____

_____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Das Zerbrochene Gewehr

„Das Zerbrochene Gewehr" ist das Rundschreiben der War Resisters' International und wird auf Englisch, Spanisch, Französisch und Deutsch veröffentlicht. Dies ist Ausgabe 73, November 2007. Diese Ausgabe des zerbrochenen Gewehrs wurde von Andreas Speck produziert. Besonderer Dank geht an alle, die die Informationen zur Verfügung stellten, die in dieser Ausgabe verwendet wurden. Wenn du Extrakopien dieser Ausgabe des zerbrochenen Gewehrs wünschst, bitte setze dich mit dem WRI-Büro in Verbindung oder downloade es von unserer Website.

War Resisters' International,
5 Caledonian Road,
London N1 9DX, Britain
Tel. +44-20-7278 4040
Fax +44-20-7278 0444
info@wri-irg.org
http://wri-irg.org/pubs/br/76-de.htm

War Resisters' International

Unterstützung und Vernetzung von Widerstand gegen Krieg weltweit

Bitte spende noch heute für die Arbeit der WRI – Danke!

Ich möchte die WRI unterstützen:
(bitte mindestens eine Option ankreuzen)

- ☐ Ich lege eine Spende an die WRI über £/US$/€ ..... bei.
- ☐ Bitte schickt mir eine Empfangsbestätigung.
- ☐ Ich habe umseitig das Kreditkartenformular ausgefüllt.
- ☐ (nur in der BRD) Ich habe einen Dauerauftrag an den Förderverein War Resisters' International e.V. über monatlich/vierteljährlich/jährlich € ..... eingerichtet.
- ☐ Ich benötige eine Spendenbescheinigung
- ☐ Ich habe einen Dauerauftrag auf das Konto der WRI bei der Bank of Ireland über monatlich/vierteljährlich/jährlich € ..... eingerichtet.

Meine Anschrift:

Name: _____

Anschrift: _____

_____

Land: _____

Wohin soll die Spende geschickt werden?

Nur in der BRD:
Förderverein War Resisters' International e.V., c/o Helga Weber, Steinbruchweg 14, 34123 Kassel (für Spendenbescheinigung)

Rest der Welt:
War Resisters' International, 5 Caledonian Rd, London N1 9DX, Grossbritannien

Danke für Deine Unterstützung!

„Heiter, friedvoll und leicht“

Die Internationale Versammlung der Nonviolent Peaceforce in Nairobi/Von Stephan Brües

Der Ort hätte besser nicht gewählt werden können: Im KCCT Conference Center, in dem sich in der letzten Septemberwoche etwa 200 Friedensaktivisten aus über 40 Ländern zur Internationalen Konferenz der Nonviolent Peaceforce versammelten, fanden bereits zweimal erfolgreiche Friedensverhandlungen statt, die die kriegerischen Konflikte in Somalia und im Südsudan vorerst beendeten.

Die Nonviolent Peaceforce ist eine internationale Organisation, die ausgebildete Friedensfachkräfte in Konfliktregionen schickt, um lokale Friedens- und Menschenrechtsgruppen durch ihre Präsenz zu unterstützen und so von Gewalt bedrohte Menschen zu schützen. So war denn auch der „Zivile, gewaltfreie Schutz“ das Thema des offenen Konferenzteils.

Höhepunkte der Konferenz waren die Rede der Friedensnobelpreisträgerin Mairead Corrigan-Maguire sowie Liam Mahonys Präsentation seiner Studie, die zivile Interventionen in Konflikten sowohl durch UN-Organisationen wie auch durch Nicht-Regierungsorganisationen wie Peace Brigades International und Nonviolent Peaceforce analysierte. Außerdem wurde die Arbeit der Afrikanischen Union vorgestellt. Leider war deren Exekutivdirektor für Frieden und Sicherheit nicht gekommen. Auch von den UN- oder EU-Gremien, die die Möglichkeiten der Stärkung des zivilen, gewaltfreien Schutzes der Menschen hätten diskutieren sollen, war keiner der Einladung gefolgt.

In ihrer mitreißenden Rede verwies Mairead Corrigan-Maguire darauf, dass es in Afrika eine lange Tradition gewaltfreier Konfliktaustragung gegeben habe. Als „menschliche Familie“ müssten wir Gerechtigkeit durch Mittel der Gerechtigkeit schaffen. Die Situation in Irak habe gezeigt, dass militärische Mittel nicht funktionierten, um Konflikte zu entschärfen, ja sie hätten sie verschärft. Dialog sei das einzige Mittel. „Ich würde mit jedem reden, wenn dadurch ein Menschenleben gerettet werden würde“, sagte sie.

Der Mord an der Familie ihrer Schwester habe aus ihr eine Pazifistin gemacht. Und in den letzten Jahrzehnten hatte sie es zusammen mit anderen geschafft, den Konflikt in Nordirland Schritt für Schritt zu beenden.

„Wir haben Frieden geschaffen, ist das nicht außergewöhnlich, ist das nicht ein Grund, hier in den Gängen zu tanzen?“, rief sie. Die Arbeit der Nonviolent Peaceforce, die beispielsweise in Sri Lanka in den Konfliktgebieten arbeitet und bedrohte Menschen schützt, nannte sie „Präsenz der Liebe und des Vertrauens.“

Foto: Stephan Brües

In der Mitgliederversammlung wurden die derzeitigen Projekte der Nonviolent Peaceforce (Sri Lanka, Mindanao/Philippinen, Guatemala und Uganda), die geplanten Projekte (Kolumbien) vorgestellt und mögliche zukünftige diskutiert, beispielsweise im Nigerdelta und in Burma/Myanmar.

Die aktuellen Proteste der gewaltfreien Bewegung in Myanmar, angeführt von buddhistischen Mönchen, wurden in einer Arbeitsgruppe behandelt, und es wurde eine Solidaritätserklärung für die Demokratiebewegung verabschiedet. Es gibt Überlegungen, diese durch aktive Präsenz zu unterstützen.

Angesichts der Nachfrage nach Friedensfachkräften in vielen Konfliktregionen dieser Welt stellte sich den Delegierten aus allen Kontinenten die Frage, wie diese innerorganisatorisch bewältigt werden könnten. So wurde ein langfristiger Plan verabschiedet, der die Ziele für die nächsten Jahre in Konsens festlegte und erste Schritte auf dem Weg dorthin vorstellte, die in den nächsten Monaten weiter konkretisiert werden müssen.

Beeindruckend war in diesen Tagen, etwas über die Arbeit vieler Friedensgruppen auf allen Kontinenten zu erfahren: Von den Trainings zur Gewaltfreiheit in den Slums von Nairobi, die die gastgebende Organisation der Versammlung, Chemchemi ya Ukweli (Springbrunnen der Wahrheit) durchführt, oder von der Kampagne der palästinensischen Organisation „Middle East for Nonviolence and Democracy“ (MEND), die mit einem Aufkleber, der eine Orange zeigt, dafür wirbt, „smarter without violence“, also „schicker“ ohne Gewalt zu sein. Oder von der pakistanischen Organisation „Foundation for Democracy“ im Punjab, die an der Grenze zu Afghanistan Journalisten ausbildet, um objektiv über die Konflikte zu berichten.

Mairead Corrigan-Maguire rief die versammelten Friedensfachkräfte und Friedensaktivisten auf, „heiter, friedvoll und leicht“ zu sein. Diese Haltung konnte man in diesen Tagen spüren. Sie ist auch notwendig, um die zukünftigen Aufgaben zu meistern.

Stephan Brües ist ZivilCourage-Redakteur und aktiv bei Nonviolent Peaceforce. ZC

„Gewalt ist wie eine Krankheit“

Interview mit der Friedensnobelpreisträgerin Corrigan-Maguire

ZivilCourage: Wie hat sich der Nobelpreis auf Ihre Arbeit ausgewirkt, was hat er verändert?

Mairead Corrigan-Maguire: Als wir unsere Friedensarbeit 1976 begonnen haben, standen wir im Bürgerkrieg, es war eine sehr gefährliche Situation. Unsere Friedensgruppe hat die Leute aufgerufen, eine neue zivile Gemeinschaft zu gründen und für Gewaltfreiheit einzutreten, weil dies der einzige Weg ist, den Konflikt zu lösen. Wir haben uns gegen Gewalt ausgesprochen, von wem immer sie auch ausgeht. Und weil in Nord-Irland die Gesellschaft, nein, die beiden Gemeinschaften so stark polarisiert waren und Angst voreinander hat-

ten, haben wir die Menschen ermutigt, die Grenzen zu überwinden, Freundschaften zu schließen und zu beginnen, die Probleme der Gewalt an ihrer Wurzel anzugehen. In den ersten sechs Monaten der Friedensbewegung, der „Peace People“, gab es einen Rückgang der Gewalt um 70 Prozent. Und es ging nie mehr auf das hohe Niveau von vor 1976 hinauf. Wenn wir die Ursachen der Gewalt angehen wollten, mussten wir beginnen, neue Felder zu bearbeiten: Menschenrechte, Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit. Wir gründeten neue Gruppen, die für Gewaltfreiheit eintraten. Wir wussten, dass es ein langer Prozess sein würde, weil jeder Friedensprozess langwierig ist. Aber wir haben es geschafft. Heute haben wir nach 40 Jahren des bewaffneten Konfliktes und nach 30 Jahren Arbeit der „Peace People“ und vieler anderer Gruppen eine zivile Gesellschaft aufgebaut, die die Konflikte gewaltfrei lösen will.

Welche Rolle spielte die Nobelpreisverleihung bei diesem Prozess?

Der Nobelpreis für mich und Betty Williams hat natürlich in vielerlei Hinsicht geholfen. Er hat Türen geöffnet. Zum Beispiel hat er es uns ermöglicht, in die USA zu reisen und mit Kongressmitgliedern und Senatoren zu sprechen und um Hilfe zu bitten; ihnen klar zu machen, dass der Konflikt in Nordirland mit den Mitteln des Militarismus nicht gelöst werden kann, weil diese Mittel nicht funktionieren. Wir brauchten Unterstützung. Die Menschen in Nord-Irland waren so gefangen in ihren Ängsten, so wie es oft in Familien ist: sie sind so sehr mit sich selbst beschäftigt, dass sie das Offensichtliche nicht sehen.

Sie müssen von außen dazu getrieben werden...

... ja, und genau das geschah dann auch. Die britische Regierung unter Blair arbeitete mit uns zusammen, sie redete mit der IRA, schuf Raum für Kontakte. Auch die US-Regierung half: Sie schickte Senator Mitchell, der in den Friedensgesprächen vermittelte.

Haben Sie auch direkt mit der IRA und den Ulster Union Fighters geredet?

Natürlich, wir haben mit allen paramilitärischen Gruppen geredet, weil wir die Einstellung hatten, dass wir weder gegen die einen noch die anderen als Personen etwas haben. Wir wollten nur Frieden, und der konnte nur über den Dialog erzielt werden. Das war der Ansatz. Als wir 1976 begannen, sagten wir, dass Militarismus der falsche Weg ist. Man kann nicht Militär schicken, weil das mit Waffen kommt. Es kommt mit einem Ansatz, der nicht heilt. Das funktioniert nicht. Wenn die USA Belfast bombardiert hätten, um die Royalisten und die IRA auseinander zu bekommen – könnten Sie sich das vorstellen? Was das für einen Aufschrei in Europa gegeben hätte! Das wäre gar nicht möglich gewesen. Aber das US-Militär kann in Afghanistan oder Irak einmarschieren und Bomben werfen. Militärische Mittel sind schlicht kontraproduktiv, sie funktionieren nicht. In vielerlei Weise hat der Nobelpreis mir also sehr geholfen, und ich bin so dankbar, dass mir dadurch die Chance gegeben wurde, mich auch in anderen Krisen der Welt zu engagieren.

Foto: Stephan Brües

Mairead Corrigan-Maguire wurde 1976 – gemeinsam mit Betty Williams – für ihr Engagement im Nord-Irland-Konflikt und als Gründerin des „Northern Ireland Peace Movement“ (später umbenannt in „Community of Peace People“) mit dem Friedensnobelpreis geehrt. ***ZivilCourage***-Redakteur Stephan Brües sprach am Rande der internationalen Versammlung der Nonviolent Peaceforce Ende September in Nairobi mit der 63-Jährigen.

Wo tun Sie das?

Ich war oft in Palästina/Israel. Ich glaube, dass viele der Schritte, die in Nord-Irland gegangen wurden, auch in Palästina helfen würden. Wenn die USA sagen würden: Israel, geh’ zurück in die Grenzen von 1967, und wir schützen dich, dann könnte das Problem gelöst werden. Es bräuchte nur den politischen Willen dazu. Wenn Israel mit Hamas sprechen würde, eine Regierung, die demokratisch gewählt wurde, dann könnten die Probleme angegangen werden. Sie könnten gelöst werden. Sie müssen gelöst werden, weil die ganze Welt das braucht.

Wie sieht Ihr Engagement konkret aus?

Ich war zunächst auf Einladung meiner Freunde von der Organisation „Rabbiner gegen die Zerstörung der palästinensischen Häuser“ in Israel. Wir unterstützen und ermutigen sie, ihre Aktionen gewaltfrei durchzuführen, weil das der einzige Weg ist – und geben ihnen unsere Erfahrungen mit. Letztes Jahr war ich auf einer Konferenz über Gewaltfreiheit und hielt in Ramallah eine Rede zu diesem Thema. Anschließend gingen wir zu der Trennungsmauer, dort wurden wir vom israelischen Militär mit Tränengas angegriffen und ich wurde von einer Kugel getroffen. Anschließend hat sich die israelische Regierung bei mir entschuldigt. Ich bat darum, dass sie das Recht der Palästinenser, gewaltfrei zu demonstrieren, respektieren müsse. Ich glaube wirklich, dass es viele kleine Wege zur Unterstützung der mutigen Friedensaktivisten gibt – auf beiden Seiten. Ich habe große Hochachtung vor der israelischen Friedensbewegung, wie auch vor der palästinensischen.

Sie setzen auf die Kraft der Rede, des Gesprächs.

Wir sind doch zivilisierte Kreaturen. Wir können doch miteinander reden. Jedenfalls glaube ich fest daran, dass wir zivilisiert sind. Wenn die Regierungen keinen Frieden durchsetzen wollen, wenn sie nicht dafür sorgen können, dass die Menschen sicher leben können, dann müssen wir sie dazu zwingen. Wir müssen sie zwingen, wirkliche politische Führer zu sein. Wenn sie keinen Friedensprozess durchführen wollen, wozu sind sie dann da? Was wir als soziale Bewegungen damals in Nord-Irland den Politikern gesagt haben, war: „Wir wollen Frieden, und dafür haben wir euch gewählt. Und wenn ihr das nicht machen wollt, dann sagt uns warum? Was ist Euer Problem?“

Arbeiten Sie mit anderen Friedensnobelpreisträgern zusammen?

Jedes Jahr treffen sich die Nobelpreisträger auf Einladung von Michail Gorbatschow in Rom. Wir haben dort eine Charta für Gewaltfreiheit entwickelt. Wir betrachten die Gewalt als eine

Krankheit, der vorgebeugt werden muss, als ein Gesundheitsproblem. Gewalt hat zu tun mit häuslicher Gewalt, Traumatisierungen, mentalen Krankheiten. Und hinzu kommen die nuklearen Waffen und all das. Wir haben daher eine „Charta für eine Welt ohne Gewalt" verabschiedet, die von 18 Nobelpreisträgern und mehreren Organisationen unterschrieben worden ist. Wir tragen sie zu den Regierungen und fordern sie auf, diese Charta zu unterstützen, Ministerien für Frieden einzurichten, die den Fokus richten auf gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Mediation; und die wirklichen Probleme anzugehen: Armut, Marginalisierung, zunehmende Ungleichheit – die Reichen werden reicher, die Armen immer ärmer. Wir haben eine Wirtschaftspolitik, die nicht ethisch ist. Der Kampf um die Ressourcen. Das Ölproblem in Irak, wir müssen diese Probleme lösen. Wir können uns doch nicht gegenseitig bombardieren, um diese Probleme anzugehen. Also müssen wir zusammenarbeiten. Als menschliche Familie müssen wir zusammenkommen und dafür eintreten, dass die Regierungen auf die Lösung der wirklichen Probleme fokussiert werden. Wer sonst soll es tun? Wir müssen darüber reden.

Wie kamen Sie in Kontakt mit der Nonviolent Peaceforce?

Ich kannte die Arbeit von Nonviolent Peaceforce bereits vor Nairobi. Es ist die Organisation der Zukunft. Das sage ich als jemand, die die Gewalt kennengelernt hat und einen spirituellen Prozess hin zur Gewaltfreiheit und zu einem absoluten Pazifismus durchlaufen hat. Als Realistin habe ich auf den Straßen Belfasts gelernt, dass eine Armee keine Konflikte lösen kann. Die britische Armee kam und wollte ihn lösen, aber sie wurde Teil des Konfliktes. Was wir gebraucht hätten in den 1960er Jahren, wäre eine Nonviolent Peaceforce, die ins Land gekommen wäre, um die Wunden zu heilen und beide Seiten an einen Tisch bringen. Wir hätten in unserer Arbeit ein ganz anderes Timing haben können. ZC

foto: Stefan Philipp

Demokratie lernen, Toleranz praktizieren*

Nachruf von Günter Knebel auf Henning Schierholz (*2. Februar 1949 †19. Oktober 2007)

Kritik am Bestehenden, Aufbruch zu Neuem: Diese beiden Einstellungen habe ich bei Henning Schierholz kennen und schätzen gelernt – 1972 während meines Zivildienstes, der damals noch Ersatzdienst hieß. Als junger Pädagoge und angehender Wissenschaftler hatte Henning ein friedenspädagogisches Curriculum entwickelt, das in der ersten Zivildienstschule umgesetzt werden sollte, wenn es nach den Forderungen der Selbstorganisation der Ersatzdienstleistenden gegangen wäre.

Aber nach den Interessen der Kriegsdienstverweigerer ging es damals in der Politik ebenso wenig wie heute. Vielleicht hat sich Hennig gerade deshalb als anerkannter Kriegsdienstverweigerer engagiert, nicht nur im Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), sondern auch als Jungsozialist in der SPD. Seine friedensbewegten Aktivitäten und Veröffentlichungen gehen über die Stichworte Anti-Wehrkunde, Friedens- und Abrüstungspolitik, Friedensforschung und politische Didaktik weit hinaus. Seine konstruktiv-kritische Situationsanalyse und die ihm eigene Offenheit und Klarheit, auch unbequeme Erkenntnisse zur Sprache zu bringen, wurden in der DFG-VK wie sicher auch in der Politik einerseits sehr geschätzt, andererseits führten sie ihn selbst häufig auf neue Wege, die an Parteigrenzen anstießen oder diese überwanden.

Der Weg aus der SPD führte Henning Anfang der 1980er Jahre zu den Grünen, deren Profil „ökologisch, sozial, gewaltfrei" auch Henning Schierholz prägen und schärfen half. Als „Nachrücker" von 1983 bis 1985 Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und 1985 bis 1987 als Mitglied des Deutschen Bundestages konnte er vieles bewirken, nicht nur als deutschlandpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen und als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie, sondern auch durch viele kritische Anfragen, mit denen er seinem Engagement für Kriegsdienstverweigerung und Frieden durch Gewaltfreiheit unbeirrbar treu blieb. Der Titel der unter seiner Federführung 1985 entstandenen Dokumentation „Statt Krieg der Sterne – Abrüstung auf der Erde: SDI, EUREKA und Europäische Verteidigungsinitiative" spricht für sich, seine kritischen Analysen zum Einfluss der Bundeswehr auf die politische Bildung und seine strikte Ablehnung einer „Erziehung zur Wehrbereitschaft" ebenso.

Hennings Familie in Hannover-Langenhagen, seine Freunde und die Kirchengemeinde, in der er aktiv war, waren ruhende Pole seines von Aktivitäten geprägten Lebens. Er blieb lange seiner Arbeit als Studienleiter an der Evangelischen Akademie in Loccum verbunden. Durch manche Tagung konnte er neue friedens- oder bildungspolitische Akzente setzen. Letzteres gelang ihm später auch in der Praxis als Leiter einer Schule im Stephansstift wie auch anderen Einrichtungen, die benachteiligten Menschen zu Chancen auf dem Arbeitsmarkt verhelfen. Die Pädagogik der Benachteiligtenförderung war ihm sehr wichtig und Inhalt seiner Arbeit in den letzten Jahren als selbständiger, unabhängiger Bildungsberater.

Sein Rat war bis zuletzt bei zahlreichen Initiativen und Institutionen sowie auch von der Bundestagsfraktion *Die Linke* gefragt. Das Verschwimmen des oben angeführten Profils der Grünen, für das er einst gestanden hatte, in der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung 1998 bis 2005 hatte ihn zu seiner Annäherung an diese neue Partei geführt.

Dr. Henning Schierholz wird vielen Menschen fehlen; als engagierter Pazifist, Pädagoge und politischer Bildner wird er in guter Erinnerung bleiben.

Günter Knebel ist Geschäftsführer der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) und war von 1974 bis 1982 Mitglied im DFG-VK-Bundesvorstand. ZC

* Zitat von Dr. Henning Schierholz zum pädagogischen Auftrag politischer Bildung.

Bombig's Blechle!

Die Protestaktionen im Rahmen der Kampagne „Boykottiert Streumunition!"/Von Jürgen Grässlin

Fahrt aufgenommen hat die Kampagne „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!" Im Oktober demonstrierten AktivistInnen zahlreicher Friedensorganisationen bei Mercedes-Niederlassungen in zehn Städten. Die Initiative war von den Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD), der DFG-VK, Ohne Rüstung Leben (ORL), Pax Christi, dem RüstungsInformationsBüro (RIB) und der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden ausgegangen, die sich in einem breiten Aktionsbündnis zusammengeschlossen haben. Anfang November breitete die BUND-Jugend Baden-Württemberg ein riesiges Streumunitionsfeld in der EADS-Stadt Ulm aus – und musste die Aktion auf dem Münsterplatz nach einer Intervention des Ordnungsamtes abbrechen. Aus den Aktionen entwickelten sich viele gute neue Ideen, wie die Kampagne im kommenden Jahr ausgeweitet werden kann.

„Was, Mercedes ist an Raketenwerfern beteiligt, mit denen Streumunition verschossen wird?" „Stimmt das, dass die israelische Armee genau mit solchen Raketenwerfen viele Menschen im Südlibanon getötet hat?" „Das habe ich bisher nicht gewusst!" Aussagen wie diese waren typisch für viele der PassantIinnen, die sich im Oktober im Rahmen der Aktionstage der Anti-Streumunitionskampagne in Frankfurt am Main, Berlin, Bad Säckingen, Freiburg, Stuttgart, Köln, Braunschweig, Ingolstadt, Stade und Mannheim über die Verstrickung von Daimler/EADS in Streumunition informieren ließen.

Zum ersten Mal hörten und lasen viele BürgerInnen, dass Daimler mit 15 Prozent der Aktienanteile und – über die Stimmrechte anderer – größter Anteilseigner des Rüstungsriesen European Aeronautic Defence and Space Company, kurz EADS, ist. Fremd war ihnen bislang auch die Tatsache, dass Daimler/EADS zu 37,5 Prozent an dem Rüstungsunternehmen MBDA beteiligt ist, welches Raketenwerfer vom Typ Multiple Launch Rocket System (MLRS) herstellt.

In immenser Stückzahl werden MLRS-Lenkraketen und die weiter entwickelten GLMRS-Lenkraketen in Kooperation von den Rüstungskonzernen Lockheed Martin, Diehl und Daimler/EADS/MBDA gefertigt. Eine einzige Salve des Streumunitionswerfers GLMRS reicht aus, um Menschen in einem Gebiet von etwa einem Quadratkilometer durchsieben zu können, denn die Munition besteht aus rund 8.000 Mini-Bomben. Die Opfer sind meist ZivilistInnen, die direkt getroffen werden oder, Jahre nach dem Waffeneinsatz, mit der hohen Zahl von Blindgängern in Berührung kommen, sterben oder schlimmste Verwundungen davontragen.

Der Einsatz von Streubomben stellt einen Verstoß gegen die Genfer Konvention dar, die wahllose Angriffe auf ZivilistInnen verbietet. So wundert es wenig, dass die VeranstalterInnen der Aktionstage in den zehn Städten übereinstimmend berichteten, dass es großen Zuspruch gegeben habe.

Den Auftakt der beiden Aktionswochen bildete die von Rüdiger Pusch von der Frankfurter DFG-VK-Gruppe koordinierte Protestaktion direkt vor der dortigen Mercedes-Niederlassung in der Innenstadt, an der sich auch der DFG-VK-Geschäftsführer des Landesverbands Hessen, Gernot Lennert, und die beiden Bundessprecher Thomas C. Schwoerer und Bernd Baier beteiligten. Ergänzt wurden Aktionen wie diese durch Abendvorträge zu den Themenbereichen „Wofür steht Mercedes – Limousinen oder Streumunition?" oder zum Buch „Abgewirtschaftet?! Das Daimler-Desaster geht weiter" des DFG-VK-Bundessprechers Jürgen Grässlin mit den Schwerpunkten der Rüstungsproduktion und Waffenexporten.

Foto: Roland Blach

In Berlin organisierte Paul Russmann, Sprecher der Kritischen Aktionäre und ORL-Geschäftsführer, die Aktionen rund um die außerordentliche Hauptversammlung von DaimlerChrysler am 4. Oktober. Anstatt sich, wie von Vorstand und Aufsichtsrat intendiert, nur mit der namentlichen Umbenennung in die neue Daimler AG zu befassen, mussten sich die Daimler-Führung sowie Tausende von AktionärInnen im Berliner ICC beispielsweise mit den Fragen von DFG-VK-Geschäftsführer Monty Schädel. Diese reichten von den dubiosen Graumarktgeschäften in der Ära Schrempp bis hin zu aktuellen Verwicklung in der Produktion von Streumunitionswerfern und Waffenexporten.

„Heilig's Blechle!" mögen sich viele der PassantInnen in Stuttgart gedacht haben, als sie inmitten der Daimler-City mit einer Aktion ganz besonderer Art konfrontiert wurden. Vergleichbar den üblichen Gewinnspielaktionen der Autounternehmen veranstalteten die FriedensaktivistInnen um Paul Russmann, Roland Blach und Stefan Schneider auf dem zentral gelegenen Schlossplatz eine Mahnwache. Der Clou der von den Kritischen Daimler-AktionärInnen, ORL, Pax Christi und der DFG-VK getragenen Aktion war, dass auf dem ausgeliehenen Mercedes-Fahrzeug das Transparent „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!" befestigt war. Von dem Kampagnenslogan angezogen, konnten Hunderte von Interessierten angesprochen und viele von ihnen für die Aktion gewonnen werden. „In den vier Stunden gab es so gut wie keine negativen Äußerungen zum Ziel der Kampagne, Daimler zum Ausstieg aus der Streumunition zu bewegen", berichtet Roland Blach, baden-württembergischer DFG-VK-Landesgeschäftsführer. „Viele Passanten unterschrieben eine Postkarte zur Unterstützung oder nahmen sich Karten mit nach Hause mit, zur Verteilung auch an Freunde und Bekannte."

Eines der wenigen Negativbeispiele war die Reaktion des Leiters der Freiburger Mercedes-Niederlassung, der sich

bei einem Polizisten vehement beschwerte – was zugleich belegte, wie sehr ihn die Aktion ärgerte. Mindestens genauso gestört haben dürfte ihn die Tatsache, dass die Friedensbewegten zeitgleich zur Mahnwache Protestpostkarten hinter die Windschutzscheiben von Hunderten von Autos auf den Parkplätzen ringsum klemmten.

Aus Sicht eines Menschen, dessen berufliche Leistung an der Menge verkaufter Mercedes-Fahrzeuge gemessen wird, ist eine solch heftige Reaktion nachvollziehbar. Zu sehr beißt sich das Saubermann-Image von Mercedes mit dem des Produzenten von Militärhubschraubern, Kampfbombern, Trägersystemen für Atomwaffen oder eben Streumunitionswerfern. Und zu groß ist die „Gefahr", dass Autokäufer auch ethische und moralische Aspekte zum Maßstab ihres Handels machen. Verschärfend kommt hinzu, dass Kunden der automobilen Oberklasse durchaus die Wahl haben: Im Vergleich zum Rüstungsriesen Daimler/EADS weisen BMW und Audi, die direkten Konkurrenten im Marktsegment der Ober- und Luxusklasse, ein vergleichsweise geringes Engagement im Rüstungsbereich auf. Aus Sicht der Veranstalter der Aktionstage sind ökologische Fortbewegungsmittel in jedem Fall sinnvoller und empfehlenswerter.

Noch immer berichten die Medien äußerst zurückhaltend über die Verwicklung des Autoriesen in die Fertigung von Streumunitionswerfern. Presseberichte über Aktionen und Abendveranstaltungen bleiben die Ausnahme, was sich damit erklären lässt, dass Daimler/EADS vor Ort oft zu den größten und einflussreichsten Arbeitgebern und vor allem zu den zahlungskräftigsten Anzeigenkunden zählt. Zeitgleich zu den Aktionstagen inserierte der Konzern in mehrseitigen Anzeigen, die auf die Umwandlung in die „Daimler AG" aufmerksam machten. Mit derlei gewinnbringenden Kunden möchte man sich in den Verlagshäusern offenbar nicht anlegen.

Was passiert, wenn die Kampagne im kommenden Jahr auch zum medialen Ereignis werden sollte, mag man sich in der Konzernzentrale in Stuttgart-Untertürkheim sicherlich nur ungern vorstellen. Denn wenn die Diskussionen über die teilweise inhumane Produktpalette des Konzerns den Kreis der Autokunden erreicht, wird die Lage ernst. Die ersten Schritte in diese Richtung sind getan. Bislang gingen mehr als 2.000 Exemplare der Aktionspostkarte bei den Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) bzw. bei der DFG-VK ein. Auch auf der von der DFG-VK betreuten Website ***www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de*** wächst die Zahl der UnterstützerInnen täglich. Dort kann man sich auch über die Aktivitäten und die Hintergründe der Kampagne informieren und sich mit ReferentInnen in Verbindung setzen.

Genau das taten engagierte Jugendliche des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Nur zwei Wochen nach den Aktionstagen folgten rund 150 TeilnehmerInnen beim landesweiten BUND-Jugendaktionskongress in Ulm Jürgen Grässlins Buchlesung „Abgewirtschaftet?! Das Daimler-Desaster geht weiter". Auf Einladung des Umwelt- und Friedensaktivisten Dave Tjiok und des BUND-Jugendreferenten Jürgen Dorn wurde die Streumunitionskampagne vorgestellt, was die Jugendlichen zu einer äußerst kreativen Auseinandersetzung mit dem Thema motivierte.

Als Abschlussaktion und damit Höhepunkt des mehrtägigen Kongresses legten sie in der Geburtsstadt des Pazifisten Albert Einstein ein riesiges Minenfeld mit 250 gelben Streumunitionsattrappen aus – direkt auf dem Ulmer Münsterplatz. Begleitet von kreativem Straßentheater informierte die BUND-Jugend an einem simulierten EADS-Verkaufsstand über die Streumunitionsverstrickung des Unternehmens. Postkarten und Falbblätter wurden verteilt, Unterschriften gesammelt.

Leider habe sich nach kurzer Zeit Horst Fuchs von den Ulmer Bürgerdiensten zusammen mit Polizisten darüber beschwert, dass „die Aktion nicht unter dem richtigen Thema angemeldet, und somit angeblich rechtswidrig" sei, beschrieb Ruben Neugebauer von der BUND-Jugend das folgende Geschehen. „Es kann nicht sein, dass auf dem Münsterplatz gegen irgendwelche Konzerne gewettert wird. Wenn wir das gewusst hätten, hätten wir die Aktion dort nicht genehmigt, so eine Aktion will man nicht auf dem Münsterplatz haben", erinnert sich der BUND-Aktivist an die Aussage des Ulmer Ordnungshüters. Eine Aussage, die von der Südwest Presse am 2. November mit den Worten, es könne es nicht sein, „dass der Konzern EADS negativ präsentiert wird", zitiert wird.

Fotos: DFG-VK Frankfurt, Beate Winkler, BUND-Jugend Baden-Württemberg

Die Jugendlichen reagierten pfiffig, brachen die Aktion auf dem Münsterplatz ab, füllten die Attrappen in Säcke mit der Aufschrift „Blindgänger" und pilgerten zum Ulmer EADS-Werk. Dort empfing sie der Chef des Werkschutzes und „freute" sich über die Säcke, die die BUND-Aktiven vor dem Werkstor abgeladen hatten. Nachdem sie einen Brief an den Werksleiter abgegeben hatten, mit dem sie die Forderungen der Streumunitionskampagne unterstützten, beendeten sie die erfolgreiche Protestaktion.

Die bundesweiten Anti-Streumunitionsaktionen können insgesamt als erfolgreicher Zwischenschritt gewertet werden, mit denen der Druck auf den Konzern zum Ausstieg aus der Streumunition erreicht werden soll. 2008 stehen mit der Daimler-Hauptversammlung am 9. April in Berlin und der von EADS im Mai in Amsterdam weitere Möglichkeiten an, das Thema breiter bekannt zu machen. Aus der Frankfurter DFG-VK-Gruppe kam die Idee, die nächste Internationale Automobilausstellung (IAA) zu nutzen, um weitere UnterstützerInnen für die Aktion zu werben. Bis dahin muss sich allerdings niemand gedulden. Mit „6todo" bieten sich eine Vielzahl konkreter Handlungsmöglichkeiten, schon heute aktiv gegen den Rüstungsriesen Daimler/EADS und damit für die Umstellung auf eine sinnvolle zivile Fertigung einzutreten.

6todo

1. Beteiligen Sie sich nach Möglichkeit an den öffentlichen Protestaktionen!
2. Verteilen Sie Aktionskarten an AutofahrerInnen (z.B. unter den Scheibenwischer)!
3. Geben Sie der Aktion Ihr Gesicht auf der Seite *www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de*!
4. Veranstalten Sie eine Podiumsdiskussion mit Abgeordneten ihres Wahlkreises oder Mitgliedern des Verteidigungsausschusses, denn noch immer hat die Bundeswehr Streubomben in ihrem Bestand.
5. Schreiben Sie an ihre/n Bürgermeister/in, Kirchenvertreter u.a., um sie von der Kampagne zu überzeugen.
6. Tragen Sie mit Ihrer Spende zum Gelingen der Kampagne bei!

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK) und Autor kritischer Sachbücher über Rüstungs-, Militär- und Wirtschaftspolitik. In seinem aktuellen Buch „Abgewirtschaftet?! Das Daimler-Desaster geht weiter" (2007) veröffentlichte er vertrauliche Daimler-Dokumente zu Graumarktgeschäften und zum „Rüstungs-Desaster" von Daimler/EADS.

Gegen den Strom

Zur Seligsprechung des katholischen Wehrmachtsdeserteurs Franz Jägerstätter/Von Lothar Eberhardt

Franz Jägerstätter, religiös motivierter Kriegsdienstverweigerer in der NS-Zeit und dafür zum Tode verurteilt und hingerichtet, ist mit seinem „Vermächtnis der totalen Kriegsablehnung“ heute für die Einen „mystifizierter Blutzeuge des Glaubens“, politischer Repräsentant der Gewaltlosigkeit und „Antikriegsheld“ bis hin zu den historischen Traditionslinien der „sozialen Rebellen“ gehörig, und für die Anderen „Querulant“, „Spinner“ oder „religiöser Fanatiker“, dessen „irrige Gewissenstat“ sie mit bis hin zu völkisch-nationaler Terminologie in Frage stellen.

Sein Zeugnis wurde von der katholischen Kirche am 26. Oktober, dem österreichischen Nationalfeiertag, durch die Seliggesprechung im Linzer Mariendom gewürdigt. Im politischen Diskurs scheidet er aber bis heute die „Geister“.

Franz Jägerstätter war ein einfacher Bauer aus dem oberösterreichischen St. Radegund im Innviertel und lebte in diesem „Gotteswinkel“ zwischen Braunau und Salzburg. Als Einziger im Dorf stimmte er 1938 gegen den „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland. Im März 1943 erklärte er sein „Nichteinrücken zum Kriegsdienst“. Wie alle Kriegsdienstverweigerer wurde er nach Berlin überstellt und am 6. Juli 1943 vom Reichkriegsgericht zum Tode verurteilt. Am 9. August wurde er im Zuchthaus in Brandenburg auf dem Schafott hingerichtet, im Zweiminutentakt mit 16 weiteren Kriegsgegnern.

Fotos: Lothar Eberhardt

Franziska Jägerstätter und US-Bischof Gumbleton

In einer Sommernacht im Jahr 1938 träumte Franz Jägerstätter von einem „fahrenden Zug in die Hölle“. Das beschäftigte ihn lange, und er entschleierte dieses Traumbild für sich als „den damals hereinbrechenden und sich anschleichenden Nationalsozialismus“.

Bei der Arbeit auf dem Feld wurde er oft beobachtet, wie er stehen blieb und seine Gedanken in ein Schreibheft notierte. Diese Aufzeichnungen und seine Briefe sind erhalten geblieben und illustrieren heute eindrücklich seine Gewissenkonflikte: Er könne nicht gleichzeitig Nationalsozialist und Katholik sein, und es gebe „Dinge, wo man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen.“

Franz Jägerstätters „Nein“ ist ohne seine Frau Franziska undenkbar. Sie bestärkte ihn im Glauben, stimmte ihm zwar nicht in allem zu, respektierte aber seine Entscheidung immer. „Wenn ich es nicht getan hätte, dann hätte er niemand gehabt“, beschreibt sie in ihrer bescheidenen Sanftmütigkeit und Zurückhaltung die Beziehung zu ihrem „Franzl“. Ihre tiefe Überzeugung im Glauben leitet ihr Denken, und ihre tiefe religiöse Verbundenheit mit ihm bis heute ist im Gespräch spürbar

Ohne sie wäre ihr „Franzl“ nicht so berühmt. Sie hat sein Lebenszeugnis bewahrt, seine Aufzeichnungen in den Schreibheften aufgehoben und so der Nachwelt erhalten; dem US-amerikanischen „Gewissenforscher“ Gordon Zahn hat sie sie zugänglich gemacht und Erna Putz, der Biografin, die Herausgabe der Briefe ermöglicht.

Ihre frühere gemeinsame Wohnstatt, der Lehrbauerhof, ist als „Jägerstätterhaus“ heute ein Gedenkort.

Durch eine Bewegung „von unten“ ist Franz Jägerstätter in das Seligsprechungsverfahren gekommen, anders also als die 498 spanischen Laien und Kleriker, die wegen ihrer „religiösen Verfolgung“ im spanischen Bürgerkrieg zwei Tage nach Jägerstätter in Rom heilig gesprochen wurden – auf Vorschlag der Kirchenhierarchie.

Das Politikum Jägerstätter: Mit Franz Jägerstätter wurde die „erste Seligsprechung auf österreichischem Boden“ vorgenommen. Der „Selige der Zivilcourage“ stärkt den Opfermythos der Alpenrepublik, die sich gerne als „erstes Opfer des Nationalsozialismus“ verklärt und die austrofaschistischen und austromarxisitischen Positionen der 1930-er Jahre ausblendet.

Dr. Josef Pühringer, Landeshauptmann Oberösterreichs und damit der Heimat des nunmehr Seligen, spricht von Jägerstätter als einem „Symbol des anderen Österreichs“ und legt die „wiedererlangte Freiheit Österreichs“ in den „Schoß des Märtyrers des Gewissens“.

Franz Jägerstätter ist der neue „nationale Patron“ und wird zukünftig in keiner Sonntagsrede fehlen. Der Termin der Seligsprechung war sicher bewusst gewählt, der 26. Oktober erinnert alljährlich an den ersten Tag der Neutralität 1955 nach dem Abzug des letzten alliierten Soldaten aus Österreich.

Die österreichische und die deutsche Pax-Christi-Sektion heben Jägerstätters „in Gott verortetes Gewissen“, das „über jede staatliche Pflicht zu stellen“ ist, verbindend hervor.

In der österreichische Erklärung spiegelt sich das – den österreichischen Diskurs beachtende – Verständnis, dass die Seligsprechung nicht die „Kriegsgeneration pauschal verurteilt“, wieder, sondern erläutert: „Sie waren vielmehr auch Opfer der totalen NS-Propaganda oder einer Erziehung zu unbedingtem Gehorsam gegenüber Autoritäten“.

Die deutsche Sektion ist aufmüpfiger, radikaler, verlässt die moraltheologische Exegese und stellt Jägerstätters „Blutzeugnis“ der „selbstbestimmten Gewissensentscheidung“ in die „politischen Dimensionen seiner Kriegsdienstverweigerung“. Sie kritisiert die Herrschaftskirche und ihre Rolle im Nationalsozialismus und stellt Jägerstätters Tun und absolutes Nein zum Krieg – ebenso wie der bei der „Litterae Apostolica“ anwesende US-amerikanische Friedensbischof Tom Gumbleton – in den Zusammenhang des „Geistes der Gewaltfreiheit“ und „christlichen Friedensbotschaft“. Ihre Erklärung stellt fest, dass „vor dieser Freiheit der Gewissensentscheidung ... jede Rechtfertigung für einen Krieg ihre Grundlage“ verliert. „Daher sind auch diejenigen moralisch anzuerkennen und rechtlich zu rehabilitieren, die in einer Desertion den einzigen Ausweg sahen, der Beteiligung an diesem Krieg zu entkommen. Die weltweite Anerkennung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht ist die notwendige Konsequenz.“

Christlich radikale Tradition: Der Emanzipationshistoriker Hellmut G. Haasis stellt in seinem Hauptwerk „Spuren der Besiegten“ die Hefte Jägerstätters mit seinen Notationen über Religion, Nationalsozialismus, Bolschewismus und Krieg als „unschätzbares Zeugnis bäuerlicher Intelligenz“ dar. Seine Bezugsquelle war das Grundlagenwerk „Er folgte seinem Gewissen – Das einsame Zeugnis des Franz Jägerstätter“ von Gor-

den Zahn, der mit der Methode der „oral history“ in den 1960-ern den Lebensweg Franz Jägerstätters nachzeichnete und noch Zeitzeugen befragen konnte. Haasis spannt den Bogen über Jahrhunderte und bindet Jägerstätter in die umfassende Tradition der „sozialen Rebellionen“ ein: „Jägerstätter ist in den Fußstapfen der christlichen endzeitlichen Friedenshoffnungen, die glaubten, dass in einer allgemeinen extremen Katastrophenzeit (wie der Nationalsozialismus sie ja zweifellos darstellte) die Zeit anbrechen wird für ein tausendjähriges Friedensreich. Hitler und der Nationalsozialismus hat auch diese Denkorientierung missbraucht. Tatsache ist dagegen, dass die chiliastischen Traditionen im Christentum revolutionär waren und den Herren aller Jahrhunderte und aller Länder immer arge Bauchschmerzen bereitet haben.“

Der Oberreichskriegsanwalt
SSPL (WKA) I 89/43
Torgau, 9. 9. 1943
An
Frau Franziska Jägerstätter
St. Radegund 7/Post Ostermiething

In der Strafsache gegen Ihren Ehemann, den Kraftfahrer Franz Jägerstätter wegen Zersetzung der Wehrkraft, wurde dieser vom Reichskriegsgericht am 6. Juli 1943 zum Tode sowie zum Verlust der Wehrwürdigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Das Urteil wurde am 14.7.1943 bestätigt und am 9. August 1943 die Todesstrafe vollstreckt.
Ein letzter Brief Ihres Ehemannes wird beigefügt.

Ausgefertigt:
Im Auftrage
gez. Dr. van de Loo
Heeresjustizinspektor

Definitionsmacht verhindert die bewilligte Gedenktafel: In Berlin gründete sich 1993 die „Gedenktafelinitiative Franz Jägerstätter“, die anlässlich des 50. Jahrestages seiner Verurteilung am ehemaligen Reichskriegsgerichtes – und damaligen Sitz des Berliner Kammergerichts und des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofes – symbolisch eine Gedenktafel anbrachte. Parallel zu den Feierlichkeiten in Österreich – dort wurde Jägerstätter mit einer Briefmarke geehrt – wurde in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Generalkonsulat am Hinrichtungstag in der Gedenkstätte im ehemaligen Zuchthaus Brandenburg eine Gedenkveranstaltung durchgeführt.

Mit viel Beharrlichkeit konnte dann am 52. Verurteilungstag 1995 im Beisein der Witwe Franziska Jägerstätter die Gedenktafel provisorisch angebracht werden. Das Bundesjustizministerium hatte auf Geheiß der Richter des BGH-Senats Bedenken bei der Nennung aller Initiatoren geäußert und über das Finanzministerium, gegenüber dem Bundesvermögensamt als Immobilienverwalter weisungsbefugt, veranlasst, die Gedenktafel in der „vorgeschlagenen Form nicht zuzulassen“. Grund: In der Gedenktafelinitiative arbeitete die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär mit, die sich auch für Totalverweigerer einsetzt.

Zwei Jahre später wurde die Tafel dann mit persönlichen Angaben zu Jägerstätter und dem Zusatz „mit ihm gedenken wir all jener, die wegen einer Gewissensentscheidung Opfer von Kriegsgerichten wurden“ angebracht.

Durch öffentliche Diskussion, den Druck von Basisinitiativen und das Engagement Prominenter wurde es – bevor der Bundestag die Urteile 2002 endlich aufhob und die Deserteure rehabilitierte – wenigstens möglich, Urteile der Militärjustiz im Rahmen von Einzelfallprüfungen anzugreifen. Die Familie Jägerstätter stellte beim zuständigen Berliner Landgericht Ende 1996 einen solchen Antrag. Die Aufhebung des Todesurteils erfolgte am 7. Mai 1997 anlässlich des neunzigsten Geburtstages von Franz Jägerstätter. Damit war auch eine entscheidende Voraussetzung für die beantragte Seligsprechung erfolgt.

Die Nachricht von der staatlichen Ermordung Franz Jägerstätters kam im Sommer 1943 nicht mehr aus der Berliner Unrechtszentrale, sondern aus Torgau. Dorthin war das Reichkriegsgericht kriegsbedingt ausgelagert worden.

In Torgau ist heute der zentrale Gedenkort Sachsens. Das Dokumentationszentrum und Informationszentrum ist Ort des Gedenkens an „Gewaltherrschaft“ und aktuell auch der Platz, der sich zum manifesten Gedenkstättenstreit ausgeweitet hat. Die Stiftung „Sächsischer Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“ wurde 1994 gegründet. 2003 erließ die damals allein regierende CDU gesetzliche Bestimmungen, die der Vermischung NS- Unrechts mit dem der SED-Herrschaft Vorschub leisten.

Für die Opferverbände wie Ludwig Baumanns Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz ist das unerträglich, da für sie die aus der Singularität des Nationalsozialismus begründete Trennung des „doppelten Erinnerns“ Grundvoraussetzung ist. Die geforderte und nicht erfolgte räumliche Trennung der NS- und SED-Opfer zementiert die „Analogisierung und Relativierung“ ihrer Opfergeschichte. Das „Modell Sachsen“ birgt die Gefahr des Paradigmenwechsels und droht, für die „neuen Erinnerungspolitik“ der Bundesrepublik Pate zu stehen. Seit Monaten werden durch die Geschäftsführung der Stiftung, vertreten durch den renommierten Deserteurforscher und Autor des Grundlagenwerks zum Reichskriegsgericht Dr. Norbert Haase, grundlegende inhaltliche Fragen zur Konzeption unbeantwortet gelassen.

„Stille Entsorgung“ der Immobile des Reichskriegsgerichts: Soll die Geschichte der NS-Militärgerichtsbarkeit entsorgt werden? Dieser Eindruck könnte auch in Berlin gewonnen werden. Wochenlang war die Gedenktafel für Franz Jägerstätter mit einem Bauzaun verstellt, die Tafel teilweise verhängt, dahinter das Bauherrenschild „Atrion am Lietzensee“. Der niederländische Investor hat nach eigenen Angaben schon 85 Prozent der Wohneinheiten vermietet. Eine öffentliche Diskussion über die Nutzung des Gebäudes der „mörderischen Institution“ fand nicht statt.

Der Senat von Berlin verweist in der Beantwortung einer Anfrage auf den Bund und hält die „brutale Sanktionierungsinstitution“, die Zehntausende das Leben kostete, durch die allgemeine Ausstellung „Im Namen des Volkes – Justiz und Nationalsozialismus“ berücksichtigt – und hofft ansonsten darauf, dass die Erinnerung an die unsägliche NS-Militärgerichtsbarkeit in der neue Konzeption für die „Topographie des Terrors“ Berücksichtigung findet.

Für Ralf Siemens von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär ist das alles nicht verwunderlich: „Die Pfeiler des militärischen Unrechtes gelten in der ‚Parlamentsarmee‘ immer noch. Die rechtsstaatliche Mindeststandards werden nicht eingehalten. Wehrpflicht entmündigt, wie jüngst die Arrestierung von drei Totalverweigerern zeigt.“

Lothar Eberhardt ist Mitinitiator der „Gedenktafelinitiative Franz Jägerstätter“.

ZC

Wachsende Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes

DFG-VK übergibt fast 50.000 Unterschriften an Bundestags-Petitionsausschuss/Von Joachim Schramm

„Die Bundeswehr fährt in Afghanistan nicht nur Patrouille und kümmert sich um zivile Hilfe – sondern macht auch aktiv Jagd auf Aufständische.“ So war es am 8. November auf der Website des Magazins „Focus“ zu lesen.

Trotz aller rhetorischen Versuche, das Engagement Deutschlands in Afghanistan als Beitrag zur Zivilisierung des Konflikts darzustellen, wird an solchen und anderen Beispielen deutlich: Die Bundeswehr ist längst Teil des Krieges gegen die aufständischen Teile der Bevölkerung. Dabei sind die Grenzen zwischen dem angeblich der Sicherung des Aufbaus dienenden ISAF-Einsatzes und der „Antiterror“-Operation „Enduring Freedom“ (OEF) kaum noch wahrnehmbar. Die Aktion, auf die sich der genannte „Focus“-Bericht bezieht, ist ein ISAF-Einsatz, bei dem 200 Bundeswehrsoldaten 700 afghanische Soldaten „unterstützen“.

Fotos: Joachim Schramm

Jahr der Kontroversen: Mit der Bundestagsabstimmung über die Verlängerung des OEF-Mandats der Bundeswehr am 15. November endete für die parlamentarische Ebene ein Jahr der Kontroversen um das deutsche Engagement in Afghanistan. Während es in den zurückliegenden Jahren kaum Diskussionen um den Militäreinsatz am Hindukusch gab, gestaltete sich dies dieses Jahr deutlich anders.

Angesichts der zunehmenden Wandlung der ISAF-Aktionen zum offenen Kampf gegen die Taliban und andere Aufständische mehrte sich in der deutschen Debatte die Kritik an der deutschen Beteiligung. Besonders die Entscheidung über die erstmalige Stationierung von Aufklärungs-„Tornados“ der Bundeswehr weckte Befürchtungen über eine Ausweitung der deutschen Kriegsbeteiligung. 157 Abgeordnete, so viel wie noch nie bei Afghanistan-Entscheidungen, stimmten im März gegen den Einsatz. Im Vorfeld dieser Entscheidung und noch deutlicher danach zerbrach das von der Bundesregierung gemalte Bild, die Bundeswehr diene vorrangig auch dem Schutz deutscher ziviler Hilfe.

Zunächst in einzelnen Stellungnahmen und dann im Oktober als gemeinsame Erklärung von „VENRO“ (Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen) wandten sich Entwicklungshilfeorganisationen gegen eine Vereinnahmung durch die Militärs: „Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung können nur gelingen, wenn die militärische Gewaltspirale beendet, das Primat der militärischen Konfliktlösung durch einen verstärkten zivilen Wiederaufbau abgelöst und das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zurück gewonnen wird.“ Parallell dazu führten die Berichte über immer mehr zivile Opfer der westlichen Kriegsführung, aber auch die steigende Zahl deutscher Opfer zu einer eindeutig ablehnenden Haltung gegenüber dem Auslandseinsatz in der deutschen Bevölkerung. Im August forderten laut einer ARD/Infratest-Umfrage 64 Prozent der Bundesbürger den möglichst schnellen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Schon zu Beginn des Jahres hatte die DFG-VK beschlossen, den Protest gegen den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr zu einem Aktionsschwerpunkt zu machen. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen hatte dies in seiner Jahresplanung so vorgesehen, und auch für die Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ wurde im Januar verabredet, einen Schwerpunkt auf dieses Thema zu legen. Mit einer Referententour durch Nordrhein-Westfalen und der Herausgabe eines Aktionsflyers der „Schritte“-Kampagne wurde begonnen, die Forderungen unserer Organisation nach Abzug aller Soldaten breiter bekannt zu machen.

Deutlich wurde hier zunächst, dass auch in den Reihen der eher kritisch Eingestellten die Argumente der Bundesregierung nicht ohne Echo geblieben waren. Die Frage, ob zivile Hilfe, aber auch die teilweise verbesserte Menschenrechtslage der Bevölkerung nicht eines militärischen Schutzes bedürfe, bewegte viele Menschen. Gleiches galt für die Sorge um den Beginn eines Bürgerkrieges bei Abzug der ausländischen Truppen.

Im Laufe des Jahres gaben die kritischen Stellungnahmen der zivilen Hilfsorganisationen selbst eine Antwort auf die erste Frage. Zum Problem eines drohenden Chaos beim Abzug der westlichen Truppen wurden Mitte des Jahres erste Vorschläge in die Diskussion gebracht, die hier zivile Alternativen der Stabilisierung aufzeigten.

Mit verschiedenen Aktionsangeboten versuchte die DFG-VK, die Menschen zum Handeln zu bewegen. Zur „Tornado“-Abstimmung im März boten wir über die Homepage der „Schritte zur Abrüstung“ eine eMail-Aktion an, mit der man sich direkt an die Abgeordneten seines Wahlkreises wenden konnte. Ungefähr 1.300 Menschen beteiligten sich, mehr als bei ähnlichen Aktion zuvor, aber natürlich nicht entgültig zufriedenstellend.

Schon zu den Ostermärschen hatten wir eine Unterschriftensammlung unter eine Petition begonnen, die die Abgeordneten des Bundestages aufforderte, kein neues Mandat für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan zu erteilen. Auf einer zunächst vom nordrhein-westfälischen DFG-VK-Landesverband betriebenen Aktions-Homepage „www.auslandseinsaetze-beenden.de“ wurden Hintergrundinformationen angeboten und weitere Aktionsmöglichkeiten aufgezeigt.

Zum Sommer hin konnten wir unsere Aktivitäten ausweiten, da auch die übrige Friedensbewegung stärker in das Thema einstieg. Im Vorfeld der für September beschlossenen Demonstration in Berlin wurde unsere Unterschriftensammlung auch von der „Kooperation für den Frieden“ übernommen. Auch

das zweite bundesweite Koordinationsgremium der Friedensbewegung, der Kasseler Friedensratschlag, startete eine Unterschriftensammlung unter einen fast wortgleichen Text. Unser Bundesgeschäftsführer Monty Schädel hatte in diesem Bündnisbereich positiv auf unsere Vorarbeiten verweisen können und erfolgreich um Unterstützung geworben. Auch die zwischenzeitlich „geliftete“ Homepage „auslandseinsaetzebeenden“ spielte in Folge eine wichtige Rolle in der Verbreitung der Petition und der Werbung für die Berlin-Demonstration.

Dass diese Aktivitäten und die allgemeine öffentliche Diskussion nicht ohne Wirkung blieben, zeigte sich in den Bundestagsparteien. Die Grünen-Basis erzwang einen Sonderparteitag, der einen zumindest militärkritischeren Kurs der Partei beschloss und der machtorientierten Führungsspitze einige Kopfschmerzen verursachte. Auch in der SPD rumorte es, was die Parteiführung zu heftigem Intervenieren zwang. Eine Reise durch die geschönte Wirklichkeit einiger Gegenden Afghanistans und der hoch emotional inszenierte Auftritt der afghanischen Frauenministerin vor der SPD-Fraktion brachte die Kritiker jedoch mehrheitlich wieder auf Kurs.

10.000 Menschen versammelten sich am 15. September in Berlin zur größten Afghanistan-Demonstration seit 2001. Am 10. Oktober konnten dann VertreterInnen der DFG-VK, des Kasseler Friedensratschlages und der Berliner Friedensbewegung fast 50.000 Unterschriften gegen eine Verlängerung der Afghanistan-Mandate an den Petitionsausschuss des Bundestages übergeben. Der raffinierte und demokratisch sehr fragwürdige Schachzug der Bundesregierung, die Abstimmung über die Verlängerung des „Tornado“-Einsatzes mit der über das immer noch stärker akzeptierte ISAF-Mandat zu verknüpfen, brachte dann am 12. Oktober die gewünschte Mehrheit im Bundestag. Immerhin 127 Abgeordnete verweigerten jedoch ihre Zustimmung.

Angesichts dieses doch eindeutigen Ergebnisses war offenbar bei vielen Friedensbewegten „die Luft raus“, was weitere Aktionen gegen die im November anstehende OEF-Entscheidung anging. Die hierzu von uns angebotenen Möglichkeiten, die Abgeordneten per eMail oder auch durch einen direkten Telefonanruf noch einmal zu einer ablehnenden Haltung zu ermutigen, wurden nur noch im bescheidenen Umfang genutzt. Mit der Pro-OEF-Entscheidung des SPD-Parteitages stand allerdings die Mehrheit im Bundestag im Vorhinein fest. Das Ergebnis der Abstimmung am 15. November ist zwar erschreckend vor dem Hintergrund, dass erneut ein völkerrechtswidriger Militäreinsatz der Bundeswehr vom Parlament abgesegnet wurde. Die Zahl der 145 Gegenstimmen quer durch fast alle Fraktionen zeigt jedoch, dass die Keime für eine zukünftige Ablehnung dieses Einsatzes auch im Parlament gelegt sind.

Was heißt das nun für das kommende Jahr? 2007 hat mit vielen Legenden und Verharmlosungen über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr aufgeräumt. Im nächsten Jahr wird der Kriegscharakter dieses Einsatzes noch deutlicher werden, denn die afghanische Aufstandsbewegung wächst weiter und wird sich als entschlossener Gegner auch der deutschen Soldaten erweisen. Weitere Opfer auf beiden Seiten sind vorhersehbar. Es ist also für die Friedensbewegung dringend notwendig, weiter über diesen Krieg aufzuklären und für seine Beendigung aktiv zu bleiben. Dies ist auch deshalb von großer Bedeutung, da weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr ähnlichen Ausmaßes und Charakters folgen werden, wenn es den Militärs und der Regierung gelingt, diesen Einsatz bis zum bitteren Ende durchzuziehen.

In Auswertung der Demonstration in Berlin vom 15. September haben die bundesweiten Zusammenschlüsse der Friedensbewegung für das kommende Jahr zwei Afghanistan-Tagungen ins Auge gefasst. Im Januar stellt die Kooperation für den Frieden ihre alljährliche Strategiekonferenz unter dieses Thema und will beratschlagen, wie es mit den Protesten gegen den Afghanistan-Krieg weitergehen kann. Im weiteren Verlauf des Jahres soll dann eine weitere, auch international ausgerichtete Tagung über den Krieg durchgeführt werden. Auch der Kasseler Friedensratschlag Anfang Dezember wird über Aktivitäten diskutieren.

Die DFG-VK wird auf ihrer Bundesausschuss-Sitzung im Dezember über die Aktionsschwerpunkte der Schritte-Kampagne 2008 beraten. Dabei werden die Aktivitäten zur Beendigung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr und der Förderung ziviler Alternativen für das Land eine wichtige Rolle spielen. Ins Auge gefasst ist hier zum Beispiel, zu bestimmten Terminen zu gleichzeitigen dezentralen Aktionen aufzurufen, um den Protest in der Fläche sichtbar zu machen und vielen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Ebenso könnten Aktionspakete vorbereitet werden, um mit deren Hilfe bei Landesparteitagen von SPD und Grünen oder auch bei Gewerkschaftstagen die Teilnehmer zu informieren und zu entsprechendem Umdenken und Handeln aufzufordern. Auch eine Ausstellung sowie eine Plakatserie

zum Thema Afghanistan stehen als Idee im Raum. Diese und weitere Ideen werden bis zum Jahresbeginn konkretisiert werden.

Wir haben im laufenden Jahr die Erfahrung gemacht, dass viele Aktive aus der DFG-VK, aber auch darüber hinaus unsere entsprechenden Aktivitäten im Rahmen der Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ unterstützt haben. Die angebotenen Faltblätter wurden gut angenommen, die Unterschriftensammlung von vielen Ortsgruppen unterstützt. Herauszuheben ist die Gruppe Kiel, die allein über 6.000 Unterschriften sammelte! Doch auch finanziell wurden wir von Mitgliedern und anderen Friedensbewegten breit unterstützt. Fast 10.000 Euro kamen als Spenden zusammen! Das motiviert uns, auf diesem Wege weiter zu machen. Das Thema Afghanistan und die von uns erarbeiteten Materialien und Aktionsangebote bieten die Möglichkeit, die DFG-VK breit als handelnde Friedensorganisation erkennbar zu machen. Ein gutes Stück ist uns das 2007 bereits gelungen. Setzen wir im kommenden Jahr noch einen drauf!

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des nordrhein-westfälischen DFG-VK-Landesverbands und aktiv in der bundesweiten DFG-VK-Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung“. ZC

Der lange Atem

Karlsruher DFG-VK-Gruppe feierte ihren 50. Geburtstag/Von Wolfgang Menzel

Unter der Überschrift „Kriegsdienstverweigerer gründeten Ortsgruppe“ stand in der Allgemeinen Zeitung am 9. September 1957 folgender Vorspann zu einem längeren Artikel: *Bei zahlreicher Beteiligung, vor allem jüngerer Menschen, wurde gestern morgen in der „Bavaria“ die Ortsgruppe Karlsruhe der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK) gegründet. Mittelpunkt der Gründungsveranstaltung bildete das Grundsatzreferat des Bundesvorstandsmitglieds der IdK, Rechtsanwalt Jösch aus Frankfurt über das Thema „Kriegsdienstverweigerung und Bundestagswahl“.*

Chronik und Dokumentation können gegen Spende angefordert werden bei: DFG-VK-Gruppe Karlsruhe, c/o Sonnhild und Ulli Thiel, Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe, Telefon 0721-55 22 70, eMail suthiel@t-online.de

Ein halbes Jahrhundert später könnte man so beginnen: *Bei zahlreicher Beteiligung, vor allem älterer Menschen, wurde am 9. September 2007 im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Karlsruhe das 50-jährige Bestehen der Gruppe Karlsruhe der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) mit einer Festveranstaltung gefeiert. Im Mittelpunkt stand der Festvortrag des DFG-VK-Bundessprechers und Buchautors Jürgen Grässlin aus Freiburg über das Thema „Frieden schaffen – ohne Waffen?!“*

Doch halt! So kann man doch heute nicht mehr schreiben. Vor allem dann nicht, wenn man über eine Jubiläumsveranstaltung berichten möchte, die alles andere als betulich-nostalgisch war. Dafür sorgte allein schon die Auswahl des Hauptredners. Jürgen Grässlin blickte nicht lange zurück, sondern nach vorn. Eine immer noch von Krieg, Gewalt, Ausbeutung und Militarismus geprägte Welt brauche einen Pazifismus des aktiven gewaltfreien Eingreifens. Aktuelle Themen und Forderungen sind beispielsweise der Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, der Stopp aller Rüstungsexporte. Grässlin warb um Unterstützung für die laufenden und kommenden Kampagnen der DFG-VK und der Friedensbewegung wie „Schritte zur Abrüstung“, Kleinwaffen und Landminen sowie „Wir kaufen keinen Mercedes. Stoppt Streumunition!“

Selbstverständlich vergaß der DFG-VK-Bundessprecher auch nicht, die jüngsten Aktionsschwerpunkte der Gruppe Karlsruhe zu loben. Hierzu gehört u.a. die Unterstützung und Solidariatätsarbeit für den Totalen Kriegsdienstverweigerer Jonas Grote, der sich am 15. Mai, dem internationalen Tag der Kriegdienstverweigerung, mit einer Aktion gewaltfreien zivilen Ungehorsams den Militärbehörden stellte. Die Aktion war von der Karlsruher Gruppe so gut und medienwirksam vorbereitet worden, dass darüber ein ausführlicher Fernsehbericht gesendet wurde. Dieser Bericht und weitere Highlights der Medienarbeit aus den vergangenen Jahren (z.B. TV-Berichte über die Irakkriegs-Demo in Karlsruhe mit 10.000 Teilnehmern oder Mahnwachen der Karlsruher Gruppe) wurden auf der Festveranstaltung nebst einer Ausstellung von eigenen Aktions- und Veranstaltungsplakaten der Gruppe gezeigt und sorgten für ein abwechslungsreiches Programm.

Dieses begann nach der Begrüßung durch Ulli Thiel mit einem ausgesprochen herzlichen und persönlichen Grußwort des Karlsruher Bürgermeisters für Soziales, Schule, Jugend und Sport, Harald Denecken. Getrübt ist allerdings das Verhältnis der DFG-VK Gruppe zum Karlsruher Oberbürgermeister. Denn dieser weigert sich immer noch beharrlich, den „Mayors for Peace“ beizutreten. Ebenso beharrlich werden DFG-VK und Friedensbündnis Karlsruhe ihn auch weiterhin bei jeder sich bietenden Gelegenheit dazu auffordern. Für das Friedensbündnis Karlsruhe sprach Arno Neuber das Grußwort. Mit dem Journalisten und UNO-Korrespondent Andreas Zumach aus Genf, den Karlsruhern seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden, sind alle Laudatoren genannt.

Musikalisch umrahmt wurde die sehr gelungene Festveranstaltung von der Liedermacherin Traudel Kern. Die Trägerin eines Mundart-Kleinkunstpreises und langjährige Mitstreiterin der Karlsruher „Frauen für den Frieden“ sang unter anderem eine eigene Bearbeitung von „If I had a hammer“ und zum Abschluss Dieter Süverkrüps “Miteinander“ nach einem bekannten italienischen Volkslied. Dessen letzte Verse „Der Mensch braucht jede Menge/ganz menschliches Gedränge“ wurde dann bei anschließendem Sektempfang und kaltem Büffett in die Tat umgesetzt.

Viele waren gekommen, um mit der Gruppe zu feiern. Unter den etwas über 100 Gästen auch der ehemalige Präsident der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweiger, Bundesverfassungsrichter i.R. Helmut Simon, zwei Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Vertreter der Gewerkschaft, Kirche und diverser befreundeter lokaler und regionaler Organisationen, zwei amtierende und ein ehemaliger DFG-VK Bundessprecher sowie eine ehemalige DFG-VK Bundessprecherin – und mit Helmut Schwöbel ein Mitglied, das bereits bei der Gründungsversammlung 1957 dabei war und seit 50 Jahren konti-

Fotos: Edwin Stutz

Ehrung für die „Ideen- und Organisationswerkstatt“ der Karlsruher DFG-VK-Gruppe: Sonnhild und Ulli Thiel

nuierlich zum Aktivenkreis der Gruppe gehört.

Mit Filmausschnitten wurde an ein anderes „ganz menschliches Gedränge“ erinnert, das einer ganzen Generation lebenslang im Gedächtnis bleiben wird und zurecht als historisches Ereignis Eingang in die Geschichtsbücher gefunden hat: die 108 Kilometer lange Menschenkette gegen Atomraketen von Stuttgart nach Neu-Ulm im Herbst 1983. Die Idee kam aus der Karlsruher DFG-VK. Ulli Thiel hatte sie damals nicht nur als Kompromissvorschlag in die Aktionskonferenz der süddeutschen Friedensbewegung eingebracht, sondern auch gegen große Widerstände und Zweifel durchgesetzt. Der DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg war maßgeblich an der Organisation dieser Aktion beteiligt, die weltweite Beachtung und in der Folge zahllose Nachahmer fand. Die Menschenkette gilt heute als bedeutendste Manifestation der Friedensbewegung im Kampf gegen die atomaren Pershing-II-Raketen. Deren später tatsächlich erfolgte Verschrottung war der erste Schritt zur Beendigung des Kalten Krieges.

Auch das bekannte Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“, prägnant und eingängig, stammt aus der Karlsruher Gruppe, genauer der Ideen- und Organisationswerkstatt von Ulli und Sonnhild Thiel. Beide sind seit Jahrzehnten aktiv in der Karlsruher DFG-VK-Gruppe, im Karlsruher Friedensbündnis und darüber hinaus. Sie wurden zurecht auf der Festveranstaltung gelobt und geehrt. Vor allem auch, weil sie immer noch dabei sind und mit frischem Elan die DFG-VK im Karlsruher Friedensbündnis vertreten. Das Ehepaar Thiel widerlegte auch den Spruch, dass man sich nicht selber kopieren solle und organisierte 2003 eine 2,2 Kilometer lange, quer durch Karlsruhe führende Menschenkette gegen den Irakkrieg mit ca. 2.500 Teilnehmern.

Auch wenn Sonnhild und Ulli Thiel inzwischen in Karlsruhe eine Institution sind und seit einigen Jahren die Aktivitäten der DFG-VK Gruppe maßgeblich tragen, sollen diejenigen nicht vergessen werden, die in den vergangenen 50 Jahren die Gruppenarbeit mitgeprägt und mitgetragen haben. Allen voran Irm de Ondarza, Offizierswitwe und von der Gründung der IdK-Karlsruhe bis Ende der 1980er-Jahre unermüdlich und mit dem sprichwörtlichen „langen Atem“ pazifistisch-antimilitaristisch aktiv – international auf WRI-Ebene, regional auch im Landesvorstand der DFG-VK Baden-Württemberg. Ohne sie und die vielen anderen Aktiven, einige davon später auch auf DFG-VK-Bundesebene und als Bundessprecher engagiert, wäre die beachtliche „Leistungsbilanz“ der Gruppe nicht möglich gewesen.

Seit 1957 konnten durch viele hunderte Aktionen und Veranstaltungen mehrere tausend Menschen direkt auf die Themen Frieden, Abrüstung und Gewaltfreiheit angesprochen werden. 1960 richtete die IdK in Karlsruhe eine Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer ein, die Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre – inzwischen unter dem Verbandsdach der DFG-VK – enormen Zulauf erhielt. Auch die Mitgliederzahl stieg von 70 auf 420! Mehr als 20.000 Wehrpflichtige erhielten im Lauf der Jahre durch die Informations-, Beratungs- und Beistandstätigkeit der Gruppe Unterstützung in ihrem Anerkennungsverfahren als Kriegsdienstverweigerer.

Seit 1957 dabei: Helmut Schwöbel

Die zum Jubiläum vorgelegt 32-seitige Festschrift gibt einen anschaulichen Einblick in die Gruppenarbeit der letzten fünf Jahrzehnte – und nennt, was hier aus Platzgründen unterbleiben muss, die Namen vieler Aktiven in dieser Zeit *(siehe Kasten)*.

Da DFG-VK-Gruppen ihren Ursprung in unterschiedlichen Friedensorganisationen haben können, kann es schwierig sein, Geburtstag und Alter einer Gruppe zu bestimmen. So auch in Karlsruhe. Dort wurde 1925 eine Ortsgruppe der DFG gegründet. Diese bestand aber nicht kontinuierlich. Deshalb hat sich die Karlsruher Gruppe entschieden, die Gründung der IdK 1957 als ihren Geburtstag zu feiern. Denn der damalige Gründerkreis machte über lange Zeit den Kern der Aktiven der jetzigen Gruppe aus und die letzten 50 Jahre pazifistisch-antimilitaristischer Arbeit in Karlsruhe lassen sich weitgehend lückenlos dokumentieren.

Geburtstagsgeschenke gab es übrigens auch. Das kleinste brachte Sonnhild Thiel mit: einen Strauß vom Peace-Zeichen aus Blumen, das DFG-VK und Friedensbündnis wenige Tage zuvor am Antikriegstag auf dem Karlsruher Marktplatz ausgelegt hatten. Motto: „Nein zum Krieg! Frieden für Afghanistan. Bundeswehr raus.“ Doch mehr als über Blumen freut sich die Gruppe über Unterstützung und Beteiligung an Aktionen, Mahnwachen, Infoständen, Demonstrationen, Friedensfahrradtouren, Diskussions- und Vortragsveranstaltungen. Und ganz besonders über viele neue DFG-VK Mitglieder.

Einen Sonderapplaus bekam Arno Neuber vom Friedensbündnis Karlsruhe, der als Geburtstagsgeschenk seinen Wiedereintritt in die DFG-VK erklärte. In seinem Grußwort gab er zu, bereits mit 17 Jahren in die DFG-VK eingetreten zu sein. Dann sei er irgendwann aus der Mitgliederliste gestrichen worden, weil er vergessen hatte, seinen Beitrag zu zahlen oder seine aktuelle Adresse mitzuteilen. Zum Beweis zeigte er seinen Mitgliedsausweis von 1974.

Andreas Zumach sprach zwar die Hoffnung aus, dass es die DFG-VK in 50 Jahren nicht mehr geben dürfe, weil sich ihr Zweck, Entmilitarisierung und Beseitigung aller Kriegsursachen erfüllt habe, doch bis es soweit ist, braucht unser Verband weiterhin engagierte Menschen, die sich für Pazifismus und Antimilitarismus einsetzen. Unter den Gästen der Karlsruher Geburtstagsfeier dominierte, wie sich das vielleicht für einen 50. Geburtstag gehört, die Haarfarbe grau. Kein Teilnehmer war unter 30. Doch das wird, so hoffe ich, in einigen Jahren anders sein, wenn jemand seinen Bericht über einen DFG-VK Geburtstag mit folgenden Worten beschließt: „Die zahlreichen Gäste, darunter viele junge Menschen, erlebten eine rundum gelungene Festveranstaltung.“

Wolfgang Menzel ist Bundessprecher der DFG-VK.

Ersatz für nichts

Regierung feiert drei Millionen Kriegsdienstverweigerer/Von Peter Tobiassen

Drei Millionen staatlich anerkannte Kriegsdienstverweigerer gibt es inzwischen. Wer in der DFG-VK in den 1960er oder 1970er Jahren von dieser Zahl gesprochen hätte, wäre Spinner, bestenfalls Utopist genannt worden. Anfang Oktober wurde diese Zahl gefeiert – allerdings nicht von der DFG-VK, sondern von der Bundesregierung.

Der Bundesbeauftragte für den Zivildienst und die Präsidentin des Bundesamtes luden den Dreimillionsten und die Presse ein und hielten Lobreden auf die Verweigerer und ganz besonders auf den Zivildienst. Verkehrte Welt? Vermutlich nicht. Schließlich geht es dem CDU-geführten Jugendministerium darum, den Zwangsdienst für junge Männer aufrecht zu erhalten. Das gelingt indes nur, wenn möglichst viele Wehrpflichtige zu Kriegsdienstverweigerern gemacht werden.

Foto: Bundesamt für den Zivildienst

3-millionster KDV mit BAZ-Präsidentin und Bundesbeauftragtem

Die CDU-nahe *Neue Osnabrücker Zeitung* griff das Ereignis groß auf, schließlich kam der Auserwählte aus ihrer Stadt. Alexander Saurin, der Dreimillionste, diktierte den Redakteuren aber gleich das Richtige in die Feder: „Man sollte niemanden zwingen. Gerade soziale Einrichtungen sind darauf angewiesen, dass ihre Mitarbeiter motiviert sind.“ Altersgenossen – so gibt die Zeitung ihn wieder –, die sich weder von der Bundeswehr noch vom Zivildienst etwas versprechen, sollten daher nicht zur Rechenschaft gezogen werden. „Ich empfinde das nicht als ungerecht.“

Die CDU-Minister von der Leyen (Jugend) und Jung (Militär) stehen erheblich unter Druck, wenn sie die Wehrpflicht aufrechterhalten wollen. Nach der Bundeswehrplanung werden zurzeit noch 65.000, in der Zielvorgabe ab 2010 weniger als 60.000 Wehrpflichtige gebraucht. Bei Jahrgängen mit 430.000 Männern fällt es schwer, Wehrgerechtigkeit herzustellen, die das Grundgesetz zur Bedingung für die Wehrpflicht macht. Je weniger zum unmittelbaren Kriegsdienst gebraucht werden, desto mehr müssen in Ersatzdiensten untergebracht werden, um dem System auch nur einen halbwegs gerechten Anstrich geben zu können. Den 65.000 Einberufungen zur Bundeswehr standen im letzten Jahr 86.000 Einberufungen zum Zivildienst gegenüber. Über 20.000 Kriegsdienstverweigerer leisteten den Zivildienst nicht mehr als Ersatz für den Wehrdienst, sondern als Ersatz für gar nichts.

Damit dieses System klappt, lassen von der Leyen und Jung ihre MitarbeiterInnen an etlichen Stellschrauben drehen. Dem Verteidigungsminister geht es darum, möglichst viele Wehrpflichtige in die Untauglichkeit zu entlassen, damit er zum einen die „Creme“ der Männer abschöpfen kann, zum anderen aber auch am Ende möglichst wenige Taugliche übrig behält, damit es nicht allzu sehr wehrungerecht aussieht.

Andererseits geht es aber auch darum, möglichst viele Männer zumindest irgendeinen Dienst tun zu lassen, um im nächsten Jahr dem Bundesverfassungsgericht vorrechnen zu können, wie viele doch im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht Zivildienst geleistet hätten. Um diese Zahl hoch zu fahren, werden alle gleich zu Beginn der Musterung gefragt, ob sie Wehrdienst oder Zivildienst leisten möchten. Wer sich dann in Richtung „Zivildienst“ äußert, dem wird am Ende der Musterung mit der Fahrtkostenerstattungsquittung auch gleich der KDV-Antrag zur Unterschrift vorgelegt. Verweigern ist ganz einfach – Unterschrift genügt.

Was nicht laut gesagt wird, aber später in der Statistik abzulesen ist: Wer vor oder bei der Musterung verweigert, wird anders gemustert. 2005 und 2006 verließen jeweils rund 13.000 Kriegsdienstverweigerer, die nach der Statistik eigentlich als „nicht wehrdienstfähig“ hätten eingestuft werden müssen, das Kreiswehrersatzamt als Taugliche. Sie sind nun auf den Weg in den Zivildienst. Ihr Auftrag lautet: Wehrpflicht aufrechterhalten. Und: der Sicherheitsdienstpflicht entgegeneilen.

Ende September 2007 beschloss die CSU in ihrem Grundsatzprogramm: „Aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber der jungen Generation strebt die CSU eine Ausdehnung der Allgemeinen Wehrpflicht zu einer sicherheitspolitisch begründeten Dienstpflicht für Männer, die den Dienst auch im Zivil- und Katastrophenschutz ermöglicht, sowie eine bessere Anrechnung von Freiwilligendiensten an.“

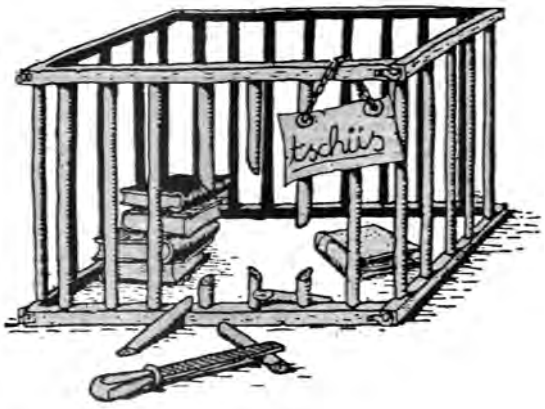
In diesem Jahr werden weit über 5.000 als Kriegsdienstverweigerer anerkannte Wehrpflichtige ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr leisten, das direkt aus dem Zivildiensthaushalt finanziert wird. Ihre Pflicht, Zivildienst zu leisten, erlischt mit der Absolvierung des Freiwilligen Jahres. „Das gilt nicht für den Zivildienst im Verteidigungsfall“ lesen dann manche im Zivildienstgesetz und sind überrascht. Das Innenministerium plant für das nächste Jahr die Einführung eines Freiwilligen Katastrophenschutzjahres, natürlich auch anrechenbar auf Dienstpflicht für Männer. Bürgerschaftliches freiwilliges Engagement junger Männer wird missbraucht, um ein Zwangssystem aufzubauen.

Im Bericht über den dreimillionsten Zivi – pardon: Kriegsdienstverweigerer – beschreibt die *Neue Osnabrücker Zeitung* auch einen typischen Wehrdienstleistenden und einen typischen Zivildienstleistenden. Letzteren trifft die Zeitung in der Paracelsus-Klinik. „Die Paracelsus-Kliniken Deutschland GmbH ist einer der großen privaten deutschen Klinikträger und seit über 30 Jahren im Gesundheitswesen erfolgreich tätig“ heißt es unter *www.paracelsus-kliniken. de*.

In den Kliniken geht es um die gute und hochwertige Versorgung der Patienten und darum, Gewinne zu erwirtschaften, damit die Gesellschafter ebenfalls zufrieden sind. Zivis helfen dabei kräftig mit. Der im Internet mitgelieferte Geschäftsbericht weist für das erste Halbjahr 2007 einen Überschuss von zwei Millionen Euro aus. Wer dachte, Zivildienstleistende würden in gemeinnützigen Einrichtungen zum Wohle der Menschen tätig sein, wird spätestens hier stutzen. Wie kann eine normale GmbH Zivildienstleistende beschäftigen? Warum arbeiten hier betriebswirtschaftlich billige Zivis, wenn doch genügend Geld (2 Millionen Euro Überschuss in einem halben Jahr) für reguläre Arbeitsplätze vorhanden ist? Ausnah-

mefall? Oder hat die Zivildienstaufsicht versagt?

Nein. Die *Neue Osnabrücker Zeitung* hat einen Durchschnitts-Zivi angetroffen. Etwa ein Drittel der Zivildienstleistenden arbeitet in ganz normalen gewinnorientierten Unternehmen, in denen es vorrangig darum geht, die Rendite der Aktionäre oder die Gewinne der Gesellschafter zu erhöhen. Zivildienstleistende werden vom Staat an gewinnorientierte Unternehmen ausgeliehen, damit diese mit deren Arbeitskraft Kohle machen können. Der Bund zahlt den Unternehmen einen Zuschuss und übernimmt alle Sozialversicherungszahlungen für diese Mitarbeiter. Die Unternehmen kostet die Arbeitsstunde Zivi – alles eingerechnet – rund drei Euro. Selbst die übelsten Dumpinglöhne sind teurer. Sollte der Zivi nicht so wollen wie sein Arbeitgeber, regiert das Strafrecht. Wenn der Zivi sich weigert, eine Anordnung des Vorgesetzten auszuführen, kann er mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden (§ 54 Zivildienstgesetz), wenn er vorzeitig kündigt, steht darauf Gefängnis bis zu fünf Jahren (§ 53 ZDG). Die Kündigung wird dann „Dienstflucht“ genannt.



„Im Zivildienst erfüllen anerkannte Kriegsdienstverweigerer Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen“, heißt es in § 1 Zivildienstgesetz. Darum geht es im Zivildienst schon lange nicht mehr, sondern nur noch um die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht. Der Kriegsdienstverweigerer, der ehrlich und konsequent von Anfang an erklärt, er werde keine Menschen umbringen, stützt das System, das er ablehnt. Er hilft mit, dass weiterhin Menschen zum Kriegsdienst gezwungen werden können, er hilft mit, dass das Wehrpflichtsystem weiterhin funktioniert. Alexander Saurin, der Dreimillionste, hat klar gesagt, dass er das nicht will. Aber er wurde geschluckt von der Werbemaschinerie des Ministeriums.

Den Zwang zum Kriegsdienst durchbricht am ehesten derjenige, der nicht (zu früh) verweigert. Die Bundeswehr benötigt nur rund 60.000 von 430.000 – selbst der kleinste Jahrgang hat in absehbarer Zeit noch 370.000 Männer. Weit über 300.000 werden nicht einberufen werden können – warum also sollten sich Männer voreilig zum Zivildienst melden und Ersatz für etwas leisten, was nie von ihnen gefordert werden kann und wird? Es reicht, den KDV-Antrag dann zu stellen, wenn der Einberufungsbescheid zum Grundwehrdienst schon auf dem Tisch liegt.

Peter Tobiassen ist Geschäftsführer der Zentralstelle KDV. ZC

„Resonanz, wie sie sich die Friedensbewegung wünschen würde“

Warum nicht weitere Friedenspreise wie den Aachener Friedenspreis?/Von Robert Hülsbusch

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin froh, dass es den Aachener Friedenspreis gibt und freue mich immer wieder von neuem, Ihnen die herzlichen Grüße der Stadt Aachen überbringen zu dürfen. Ich danke den Initiatoren für Ihr unermüdliches Engagement.“ Diese lobenden Worte fand am 1. September bei einem Empfang im Rathaus in Aachen die Bürgermeisterin Astrid Ströbele. Und die „Initiatoren“ – das sind die Mitglieder des Vereins Aachener Friedenspreis mit ihrem Vorsitzenden Otmar Steinbicker, gleichfalls auch Sprecher der Kooperation für den Frieden. Das sind Leute, die glasklare Positionen der Friedensbewegung vertreten, z.B. aktuell sich gegen die Verlängerung der Mandate in Afghanistan positionieren, und die auch schon mal eine Strafanzeige gegen die Bundeskanzlerin stellen, weil deren Verteidigungsminister ein Weißbuch herausbringt, in dem unverhohlen Krieg für Rohstoffe angekündigt wird.

Und doch – diese Initiatoren werden gehört, finden Resonanz und Anerkennung bis weit ins bürgerliche Lager, werden in ihren Aktivitäten von vielen gesellschaftlichen Gruppen in der Stadt unterstützt. Und die Aktivitäten finden in den Medien statt, weit über Aachen hinaus, was schon angesichts der spärlichen Resonanz friedenspolitischer Organisationen im bundesdeutschen Blätterwald bemerkenswert ist. Wie funktioniert das? Was können Friedensgruppen von den Aachenern lernen?

Zum 20. Mal wurde am Anti-Kriegstag der Aachener Friedenspreis verliehen. 20 Personen und Organisationen bilden also mittlerweile den „erlauchten“ Kreis der Aachener Friedenspreisträger. Jedes Jahr werden – laut Satzung – Frauen, Männer oder Gruppen geehrt, die von „unten her“ dazu beigetragen haben, der Verständigung der Völker und der Menschen untereinander zu dienen sowie Feindbilder ab- und Vertrauen aufzubauen. Es werden Menschen geehrt, unabhängig von ideologischen, religiösen oder parteipolitischen Kriterien und unabhängig von ihrer sozialen oder nationalen Zugehörigkeit. Preisträger können Menschen werden, wenn sie Frieden gestiftet haben durch Gerechtigkeitssinn, Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft (auch Feinden gegenüber), durch Gewaltlosigkeit, Zivilcourage, Tatkraft, Sachlichkeit und Herz.

Foto: Robert Hülsbusch

Der Hintergrund: Mit der Preisverleihung wird Friedensarbeit und Friedenspolitik thematisiert, wird auf Hintergründe von Fehlentwicklungen hingewiesen, werden alternative Perspektiven einer friedlicheren Welt vorgestellt. Frieden und Friedensarbeit werden personalisiert, bekommen ein Gesicht. „Der Aachener Friedenspreis“ – so noch mal die Bürgermeisterin Ströbele – „ist ein wichtiges Signal, und zwar in zweifacher Hin-

sicht. Mit ihm werden zum einen der Friedenseinsatz im In- und Ausland geehrt. Und zum anderen mahnt er von Jahr zu Jahr von neuem, dass die Menschen auf dieser Erde noch viel tun müssen, um ihr Zusammenleben friedlicher zu gestalten."

Die Liste der Friedenspreisträger ist lang, beeindruckend und spiegelt insgesamt die ganze Bandbreite friedenspolitischer Felder in den vergangenen Jahren wieder.

Beispiele: **Jutta Dahl**, die im Hunsrück den Widerstand gegen die Stationierung der Cruise missiles organisierte; **Ludwig Baumann**, der unermüdlich sich für die Rehabilitation der Deserteure im Zweiten Weltkrieg stark macht *(siehe das Interview mit ihm in dieser ZivilCourage auf Seite 4)*; die israelische Friedensorganisation **Gush Shalom** mit Uri Avnery an der Spitze; die **Frauen in Schwarz**, die in Jerusalem und anderen Städten Israels während der Intifada wöchentlich vor Beginn des Sabbats gegen die Besetzung der 1967 eroberten palästinensischen Gebiete demonstrierten und die **International Peace Brigades**.

Nun erhielten den Aachener Friedenspreis das Friedensdorf San José de Apartadó in Kolumbien und Jupp Steinbusch, der Begründer des Aachener Kinderzirkus „Pinocchio".

Das Friedensdorf San José de Apartadó ist eines von mittlerweile 50 Friedensgemeinden in Kolumbien. Es wurde stellvertretend für alle anderen ausgezeichnet, die sich im Bürgerkrieg in Kolumbien neutral verhalten und auf Gewaltfreiheit setzen und so Wege aus dem todbringenden Konflikt zeigen.

Der 64-jährige Diplom-Sozialarbeiter Jupp Steinbusch ist der Vater des Aachener Kinderzirkus „Pinocchio". Mit diesem tritt er in Eigenengagement in den ehemaligen Kriegsgebieten Bosnien, Kroatien und Serbien, aber auch in St. Petersburg und Nordirland auf und zeigt auf seine Weise Kindern und Erwachsenen Wege zu friedlichem Miteinander auf.

In einer beeindruckenden Feier mit über 800 Gästen wurde die Preise verliehen. Die Aachener Aula Carolina war festlich geschmückt. Vertreten waren die Stadt und das Bistum Aachen (Steinbicker: „Die Stützpfeiler der Preisverleihung"), vertreten waren Parteien und Gewerkschaften, vertreten waren zahlreiche Medien – darunter auch Medien aus dem Ausland. Und vertreten waren natürlich Friedensgruppen aus Aachen und weit darüber hinaus, die mit Ständen ihre Arbeit vorstellten.

Eindrücklich schilderten die Preisträger ihre Friedensarbeit. Die Laudatio hielt Thomas Antkowiak, Geschäftsführer von Misereor. Er stellte in seiner Rede die Aktivitäten der Preisträger vor und führte die Realität des Krieges auf dem Balkan und in Kolumbien vor Augen. Zum Schluss machte Antkowiak nochmals deutlich, worum es bei der Preisverleihung ging: „Die heutige Preisverleihung ist ein wichtiges Zeichen für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Sie ist ein Signal an die politische Öffentlichkeit in unserem Land, aber auch in anderen europäischen Ländern, nicht wegzuschauen, sondern sich mit allen rechtlich möglichen Mitteln für eine Veränderung der Menschenrechtssituation in Kolumbien zum Positiven einzusetzen." Und: „Die Preisträger nehmen uns mit auf ihrem Weg bei der Bewältigung des Krieges. Ihr Einsatz lehrt uns, dass unsere Solidarität – gegen Krieg, Waffen, Brutalität und Gewalt – notwendig ist und dringend benötigt wird. Sie mahnen und ermutigen uns zum vorbehaltlosen Einsatz für den Frieden."

Und was das konkret heißt, griff Otmar Steinbicker in seiner Ansprache noch mal auf: „Wir gehören zu den Mitinitiatoren einer bundesweiten Kampagne der deutschen Friedensbewegung für einen Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir brauchen eine solche Kampagne, um in unserem Land Nachdenklichkeit zu erzeugen und um die gesellschaftliche Diskussion darüber zu führen, wie in Afghanistan Frieden geschaffen werden kann. Da reicht es nicht aus, einfach nur zu fordern ‚Bundeswehr raus'." Sprach es und bekam von 800 Menschen Beifall. Und natürlich fehlte nicht der Aufruf zur Afghanistan-Demonstration in Berlin.

In den Tagen nach der Preisverleihung wurden die Preisträger aus Kolumbien im Auswärtigen Amt in Berlin und im Europa-Parlament empfangen. Dort konnten sie ihre Ideen für einen Friedensprozess in ihrem Land vorstellen. Sowohl die Bundespolitik als auch die EU-Politik sicherte ihnen Unterstützung zu – eine unmittelbare Folge der Aktion „Aachener Friedenspreis".

Was können Friedenorganisationen aus den Aktivitäten der Aachener lernen.

Einen Friedenspreis zu vergeben, schafft die Öffentlichkeit und die Resonanz, die die Friedensbewegung sich immer wünscht – und zwar dann,

– wenn diese Aktion sorgfältig und mit Weitsicht vorbereitet ist,

– wenn über viele Jahre hinweg kontinuierlich – auch personell – gearbeitet wird (Aachens Bürgermeisterin: „Unermüdliches Engagement"),

– wenn die Medienarbeit professionell betrieben wird (siehe die Medienresonanz im Internet *www.aachener-friedenspreis.de*),

– wenn man sich auch auf konventionelle Bühnen traut – bis hin zum Tragen eines Anzuges mit Schlips und Kragen,

– wenn alle gesellschaftlichen Gruppen – die Stadt, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Parteien – ohne falsche Berührungsängste eingebunden werden,

– wenn so eine Kultur des Friedens entwickelt wird, wie sie von Horst-Eberhard Richter immer gefordert wird.

Warum nicht weitere Friedenspreise in Leben rufen – einen Berliner Friedenspreis, einen Münchener Friedenspreis und warum nicht einen Nottulner Friedenspreis?

Wer den Aachener Feierlichkeiten, die sich über den ganzen Tag hinzogen, beiwohnen konnte, der sang zum Schluss der Preisverleihung im Chor mit allen Gästen hoffnungsvoll mit: „We shall overcome some day – oh deep in my heart, I do believe, that we shall live in peace some day."

Robert Hülsbusch ist aktiv in der Friedensinitiative Nottuln und war 2001 bis 2003 DFG-VK-Bundessprecher.

ZC

LeserInnenbriefe sind immer willkommen. Die Redaktion behält sich aber den Abdruck sowie das Kürzen von Briefen vor. Die erscheinenden LeserInnenbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der ZivilCourage wieder.

An die
ZivilCourage-Redaktion
- Leserbriefe -
Postfach 900843
21048 Hamburg

„Thomas Carl Schwoerers Meinung ist völlig daneben“

ZC 3/2007
Globalisierung, Krieg und Friedensbewegung

Ich lese die *ZivilCourage* sehr gerne und fand auch in der (vor)letzten Ausgabe einen sehr differenzierten Artikel über den furchtbaren Juristen Filbinger von Helmut Kramer. Dieser war sehr informativ und hat mir sehr gefallen.

Im Gegensatz dazu fand ich die private Meinung von Thomas Carl Schwoerer völlig daneben.

Bei der Globalisierung handelt sich meiner Meinung nach um einen Prozess, bei dem dem weltweiten Güter- und Finanzaustausch jedes Recht eingeräumt wird. Sozialgesetze sind dabei ein Hindernis. Diese neoliberale Politik ist darauf ausgerichtet, den öffentlichen Sektor, also Betriebe, die bisher für das Gemeinwohl standen, gewinnorientierten Interessen zu unterwerfen. Am augenfälligsten ist dies in Deutschland bei Post, Telekom, Bahn, Gesundheitswesen und Energie.

In keinem dieser Bereiche gab es Verbesserungen für die Verbraucher. Postfilialen muss man suchen, nachdem sie vorher in der kleinsten Gemeinde vorhanden waren. Die Telekommunikation kostet heute das Doppelte wie vor 10 Jahren. Die Energie ist auch deregulliert und wird laufend teurer. Hinzu kommt, dass durch die geschaffenen neuen privatwirtschaftlichen Strukturen eine Unübersichtlichkeit für den Verbraucher einhergeht. Im Gesundheitswesen werden laufend Leistungen für die Kranken abgebaut. Gleichzeitig werden durch Unterfinanzierung öffentlich-rechtliche Krankenhäuser kaputtgespart.

Im weltpolitischen Rahmen werden Welthandelsabkommen abgeschlossen, die jegliche parlamentarische Kontrolle und soziale Standards vermissen lassen. Wer legitimiert die Unterhändler der Welthandelsorganisation (WTO), die unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandeln?

Aufgrund dieses Privatisierungswahns, der in angelsächsischen Ländern noch weiter fortgeschritten ist, wurde in Großbritannien ein Großteil der Wasserversorgung privatisiert. Damit einhergehend werden hohe Preise für das Wasser verlangt und eine schlechte Trinkwasserqualität geliefert. Das privatisierte Schienennetz macht laufend durch Zugunglücke und marode Schienen auf sich aufmerksam.

Die Global Player von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) beeinflussen arme Volkswirtschaften durch Kredite mit Auflagen, die beinhalten, dass Sozialprogramme gestrichen und lebensnotwendige Bereiche zum Nachteil der armen Bevölkerung privatisiert werden. Die Weltbank und der IWF, dominiert von USA und EU, sind verantwortlich für die Staatspleiten in Argentinien und in Südostasien und für die Verarmung von Millionen von Menschen.

Das von Schwoerer angeführte Beispiel Bangladesh ist insofern irreführend, als dabei außer Acht gelassen wird, dass dort der Friedensnobelpreisträger Muhammed Yunus mit seinem Bankensystem für Arme mehr Beschäftigung und kleinen Wohlstand erreicht hat, als durch Direktinvestitionen der Textilindustrie mit Hungerlöhnen und Kinderarbeit erreicht wurde.

Um das Beispiel Brasilien aufzugreifen, so gibt es in Lateinamerika sehr große Bestrebungen, von IWF und Weltbank unabhängig zu werden.

Natürlich sind IWF und Weltbank nur ein Teil des Systems, die meisten großen Konzerne profitieren von der Globalisierung. Aber es ist bitter notwendig, dass diese globalen Prozesse der parlamentarischen Kontrolle unterworfen und daran gemessen werden, ob und wie die Bevölkerung davon profitiert.

Ich schließe mich dem Urteil des Ökonomieprofessors und Friedensnobelpreisträgers Muhammed Yunus an, dessen Armenbank 24.000 Mitarbeiter zählt: „Es geht nicht darum, hohe Dividenden zu erwairtschaften, sondern darum, die Menschen glücklich zu machen. Profitmaximierung als Gesellschaftsziel ist falsch.“ Dies sei eine Beleidigung der Menschen.

Falls Thomas Carl Schwoerer noch Literaturhinweise braucht, so können sie gerne nachgeliefert werden. Vielleicht erkündigt er sich aber auch einfach bei seinem Kollegen Monty Schädel.

Kurt Kutz, Neuried

❊

Zum Interview mit Monty Schädel „Wer durch den Zaun zum Strand will, ist einfach nur dumm“ in ZivilCourage 3/2007

Ein guter informativer Artikel/Interview. Nur ein Punkt verwundert: Die „Minderheitsmeinung“ der Bündnisgrünen, die im G8-Vorfeld den (in etwa der Linie der Linkspartei entsprechenden) „Aufruf zur Internationalen Demo in Rostock“ im Unterschied zur Grünen Jugend nicht unterzeichnet hatten, wurde m.E. in diesem Interview mit lapidaren Kurzsätzen einseitig negativ dargestellt und subtil ins Lächerliche gezogen.

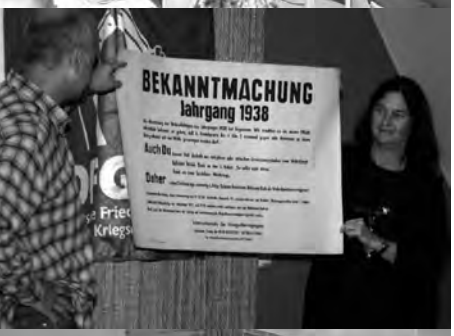
Dies geht für eine basisdemokratische Organisation wie die DFG-VK nicht an. Inhaltlich wurde auf die Position der Grünen nicht eingegangen; sie wurde nur mit dem lapidaren Satz „Claudia Roth bezeichnete die (Aufrufs-)Formulierungen ... als zu einfach“ abgetan. Des weiteren wurde kurzweg behauptet, die Grünen „hätten die Chance verpasst, zu ihren pazifistischen Ursprüngen zurückzukehren“. Punkt. Das kann doch wohl nicht alles sein – oder soll einfach gelten: „DFG-VK = Linkspartei“? Der genaue Wortlaut des grünen Votums kann im Übrigen auf der Homepage der Bündnisgrünen nachgelesen werden.

Ich meine: Faire Diskussion verschiedener inhaltlicher Auffassungen – „Was ist Pazifismus?“ – geht vor und sollte in der DFG-VK und *ZivilCourage*-Redaktion nicht parteipolitischen „Hahnenkämpfchen“ (zugunsten einer Partei, zuungunsten einer anderen) geopfert werden. Im übrigen muss sich jede Partei fragen lassen, was sie dort, wo sie an der Regierung war, tatsächlich vertreten und erreicht hat: So auch Die Linke/vormals PDS in Regierungsverantwortung in Berlin sowie Brandenburg, wo diese im Bereich der Friedens-, Öko- und Sozialpolitik durchaus „nachfra(e)würdige“ Positionen vertreten hat und vertritt.

Daher plädiere ich für eine faire Diskussion u.a. mit eineR Vertreterin der Linken und eineR der Grünen nach dem „aktuellen Pulverdampf des G8-Gipfels“ in einer der nächsten ZivilCourage-Ausgaben.

Dr. med. Peter Bernd Görgler, Stuttgart

Zivilcourage zeig
– Gemeinsam gegen
16. I
28



Fotos: Stefan Philipp

„Hemmungslose Friedenshetze“

Personelle Kontinuität und der Verzicht auf selbstzerstörerische Debatten/Von Stefan Philipp

Mehr als 50 Delegierte und zahlreiche Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet kamen Ende September zum DFG-VK-Bundeskongress in Schweinfurt im Gewerkschaftshaus zusammen, um eine umfangreiche Tagesordnung „abzuarbeiten“.

Neben diesem „Sitzungspazifismus“ waren aber für die beiden Abende inhaltliche Veranstaltungen vorgesehen. Mit über hundert BesucherInnen – darunter auch erfreulich viele junge Leute aus Schweinfurt – war die Podiumsveranstaltung am Freitagabend zum Thema „Von der Verteidigung zur Intervention“ sehr erfolgreich. Der ehemalige ARD-Korrespondent Christoph Hörstel kritisierte den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr scharf. Als langjähriger Kenner des Landes und Autor des soeben erschienenen Buches „Sprengsatz Afghanistan – Bundeswehr in tödlicher Mission“ stellte er eindrücklich dar, dass die Bundeswehr alles andere als dazu geeignet sei, einen nachhaltigen Frieden in dem Land am Hindukusch zu befördern. Hörstel diskutierte mit Christiane Ernst-Zettel von der kritischen Soldatenvereinigung „Darmstädter Signal“ und dem Europa-Parlamentarier Tobias Pflüger, gleichzeitig Mitglied der DFG-VK und des Rates der War Resisters International.

Am Samstagabend präsentierte Dr. Seltsam aus Berlin unter dem Titel „Lachen gegen das Militär“ sein kulturell-politisches Programm mit „hemmungsloser Friedenshetze“.

Die eigentliche Arbeit des Kongresses begann mit dem Bericht des BundessprecherInnenkrreises. Der ausführliche Rechenschaftsbericht endete mit der nüchternen Feststellung: „Die DFG-VK hat sich trotz erbitterter ideologischer Auseinandersetzungen in der Vergangenheit und massiver innerer Konflikte in der Gegenwart über die Jahre als erstaunlich resistent und stabil erwiesen. Es muss also einen Zusammenhang geben, der über alle Differenzen hinweg die in dieser Organisation Zusammengeschlossenen eint: die Ablehnung von Krieg, Militarismus und Gewalt und die Orientierung an den Menschenrechten. Hieraus lassen sich überzeugende Argumente ableiten für unser politisches Engagement – ein Engagement, das nur dann wirksam wird und Folgen zeigt, wenn es uns gelingt, neue, vor allem junge Menschen zu erreichen.“

Eine Voraussetzung dafür ist eine funktionierende Bundesgeschäftsstelle, die als Servicestelle für Gruppen und Aktive fungiert und kompetente Ansprechpartnerin für Anfragen von außen ist. Obwohl der Umzug von Velbert

gen! Krieg und Militär!

Bundeskongress der DFG-VK

8.-30. September ■ Schweinfurt

nach Frankfurt am Main bereits fast zwei Jahre zurückliegt, gibt es hier noch deutliche Defizite, die auf dem Kongress kritisiert wurden. Ein Antrag der Gruppe Witten, dies über die Anstellung einer qualifizierten Bürokraft zu verändern, fand allerdings knapp keine Mehrheit. Hartmut Wienke, der bislang mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ Verwaltungsaufgaben wahrnimmt, wird aber seine Tätigkeit ausweiten, so dass hier mit Verbesserungen zu rechnen ist.

Mit großer Mehrheit beschloss der Kongress, dass die *ZivilCourage* ab dem nächsten Jahr wieder sechs Mal jährlich erscheinen wird. Begründet worden war der entsprechende Antrag aus dem baden-württembergischen Landesverband damit, dass die *ZivilCourage* „für den größten Teil der Mitgliedschaft das zentrale Verbindungsglied zur DFG-VK“ ist. Nachdem das Magazin in den letzten drei Jahren jeweils nur fünf Mal erschienen war, um die angespannte Finanzlage zu entlasten, müsse die Verbindung zur Mitgliedschaft nun wieder verstärkt werden und der negativen Entwicklung bei der Mitgliederzahl entgegengewirkt werden.

Ebenfalls diesem Ziel dient der Beschluss über die „Kampagne 5555,55“. Diese soll die DFG-VK „finanziell wie personell zukunftsfähig“ gestalten, und dabei den negativen Trend in der Mitgliederentwicklung umkehren. Ziele sind 5555 Mitglieder und 55 aktive Ortsgruppen. Im nächsten Jahr soll der Bundesausschuss über ein Konzept entscheiden, dass diese Ziele mit konkreten Ideen und Handlungsanleitungen füllt. Federführend für die Entwicklung dieses Konzepts ist der baden-württembergische Landesgeschäftsführer Roland Blach.

Ohne Gegenstimmen wurde der „Leitantrag“ des BundessprecherInnenkreises angenommen, der die Schwerpunkte der DFG-VK-Arbeit für die nächsten beiden Jahre beschreibt. An erster Stelle steht dabei steht die Bemühung um eine Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Aktiv bleibt der Verband weiterhin in seinem Engagement für einen vollständigen Abzug von Atomwaffen aus Deutschland, den Stopp aller Rüstungsexporte und bei der Kampagne „Wir kaufen keinen Mercedes: Streumunition stoppen“. Daneben unterstützt die DFG-VK die Abschaffung der Wehrpflicht und setzt sich für die weltweite Anerkennung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung ein.

Bei den Wahlen am Ende des Kongresses blieben Überraschungen aus: Der alte ist auch der neue (trotz des auch weiterhin Fehlens weiblicher Mitglieder so heißende) BundessprecherInnenkreis. Nicht gewählt wurde Gerold Korbus aus Oldenburg, der sich erst kurzfristig während des Kongresses zur Kandidatur entschlossen hatte.

In ihren Ämtern bestätigt wurden neben dem auf dem außerordentlichen Bundeskongress im letzten Dezember erstmals gewählte Bundesgeschäftsführer Monty Schädel auch die Verantwortlichen für die verschiedenen Arbeitsbereiche.

Damit war der Kongress insgesamt einer, der im Zeichen personeller Kontinuität stand und auf quälende und selbstzerstörerische Debatten verzichtete.

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage.

Der neue (und gleichzeitig alte) BundessprecherInnenkreis (von links): Bernd Baier, Thomas Carl Schwoerer, Wolfgang Menzel, Jürgen Grässlin und Monty Schädel

Fotos: Stefan Philipp

Wahlergebnisse	Ja	Nein	Enth.	Prozent
BundessprecherInnenkreis (BSK)				
Monty Schädel	47	3	3	88,7 %
Jürgen Grässlin	46	6	0	86,8 %
Bernd Baier	45	4	4	84,9 %
Thomas Carl Schwoerer	45	3	5	84,9 %
Wolfgang Menzel	37	10	6	69,8 %
*Gerold Korbus**	*12*	*37*	*4*	*22,6 %*
Geschäftsführer				
Monty Schädel	40	8	5	75,5 %
Verantwortliche für Arbeitsbereiche				
Trägerkreis Atomwaffen abschaffen:				
Roland Blach	50	2	2	92,6 %
Internat. Koord. gegen Atom- und Uranwaffen 2008/09				
Marion Küpker	45	2	7	83,3 %
ZivilCourage:				
Stefan Philipp	52	1	1	96,3 %
Internationaler Sprecher:				
Guido Grünewald	51	0	3	94,4 %
Vertretung bei der Zentralstelle KDV:				
Stefan Philipp	52	1	1	96,3 %
Vertretung beim Bund für Soziale Verteidigung:				
Stephan Brües	50	3	0	92,6 %
Kassenprüfer:				
Helmut Eisert	44	4	6	81,5 %
Michael Sünner	47	3	2	90,4 %
Manfred Diebold	49	1	2	94,2 %

* *nicht gewählt*

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

☐ Ich möchte mehr über die DFG-VK erfahren. Schickt mir Informationen zu.
☐ Ich will Mitglied der DFG-VK werden. Schickt mir eine Beitrittserklärung zu.

Bitte mit 0,45 Euro frankieren

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Die pazifistische Grundsatzerklärung:
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

An die
DFG-VK
– Bundesgeschäftsstelle –
Kasseler Straße 1A
60486 Frankfurt

Bitte ausschneiden und auf eine Postkarte kleben

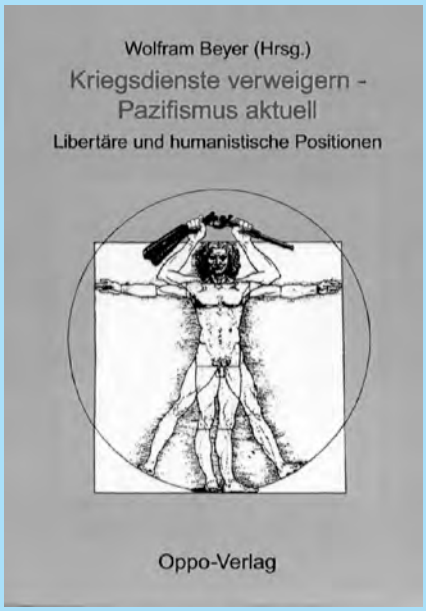
Manche meinen, Krieg sei ein Verbrechen an der Menschheit.
Betagteren Zeitgenossen bleibt unvergessen,
dass das mal herrschende Meinung war:
Verdorren sehen wollte man die Hand, die wieder zur Waffe greifen würde.
Staatstragenden Kirchen gar wurde offenbart seinerzeit,
„Gottes Wille“ sei Krieg keineswegs.

Wenn aber Krieg ein Verbrechen ist,
für wen oder was hat man dann die KriegsbefürworterInnen zu halten?
Im Besonderen die im Deutschen Bundestag?
Und die BefehlsausgeberInnen und BefehlsvollstreckerInnen?
Oder genießen sie Ehrenschutz, samt und sonders?
Und ist derart Denken und Fragen terrorverdächtig, Sache der Gedankenpolizei?

Ist Krieg vielleicht doch kein Verbrechen, sondern heilige Pflicht?
Will ihn jetzt der Christen Gott wieder?
Wenigstens ein bisschen, als Friedensmission, als Einsatz für die gute Sache
– wie Er es seit Kaiser Konstantins Kreuzverbiegung so oft schon gewollt?
Oder führt unsere Bundeswehr in Afghanistan überhaupt keinen Krieg?
Tut sie nur als ob – übt allenfalls, um ihn nicht führen zu müssen?

Dann Gnade uns – welcher Gott auch immer!

Albert Fuchs



Mit Beiträgen von Gernot Lennert, Wolfram Beyer, Helga Weber, Wolfgang Zucht u.a.
Berlin 2007, 162 Seiten, 16 €
ISBN 978-3-926880-16-1
www.oppo-verlag.de

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname

Name

Straße

PLZ/Ort

Datum/ Unterschrift ✘

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ

Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✘

Datum Unterschrift

ZivilCourage-Abo

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die
ZivilCourage-Redaktion
Postfach 900843
21048 Hamburg

Bitte ausschneiden und auf eine Postkarte kleben

Alle seit 2004 erschienenen Hefte der von der DFG-VK mit herausgegebenen Zeitschrift **Forum Pazifismus** auf CD zum ermäßigten Preis von 20 € (zzgl. 2,50 € Versandkostenoauschale) für DFG-VK-Mitglieder.
Bestellung online über:
www.forum-pazifismus.de